INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2 DM

Nr. 412

13. März 1997

ABSCHALTEN SOFORT SONST KNALLT'S

Autonome Atomkraftgegner demonstrierten schon bei den letzten beiden Castor-Transporten nach Gorleben. Auch nächste Woche werden schwere Krawalle erwartet.

Hallo, hallo, hallo...
zu anfangs erst noch ein paar Technix: Die Nummer zu Ostern fällt dieses Jahr aus. Zum Trost haben wir Euch ein paar Ostereier im Heft versteckt! Nicht versteckt, aber auch nicht vergessen, sondern in heftiger (ungeahnt schwieriger) Bearbeitung sind die Fragebögen. Also demnächst dann mal... Aus aktuellem Anlaß möchten wir Euch an dieser Stelle noch einmal die Telefonnumern vom Berliner EA (6922222) und dem aus Gorleben (05843/7642) in ERinnerung rufen. Dies ist hiermit geschehen.

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist - wie unschwer zu erkennen - der Castor-Transport ins Wendland. In fast jedem Bericht in den Medien war dabei auch von "den Autonomen" die Rede, meist im Kontext militanter Aktionsformen, jedoch weniger über inhaltliche Themen bestimmt. Daher zum Begriff der "Autonomie" ein Beitrag aus dem kürzlich erschienenen Buch zum Autonomie-Kongreß.

Der Castor-Transport wurde nach Gorleben durchgeknüppelt. Was haben wir erreicht?
Dies sechs Castor-Behälter, die während einer gesamten Woche die öffentliche Auseinandersetzung dominiert haben sind zwar trotz aller Blockaden und Angriffe durchgekommen und jetzt materiell in Gorleben zwischengelagert, ökonomisch gesehen sind sie dort aber nie angekommen. Denn es gilt zu bedenken, daß die Atommüllentsorgung für die Energiekonzerne und der Castortransport für die Bundesbahn allesamt auf Gewinnmaximierung orientierte Unternehmungen sind. Trotz aller versicherungs- und finanztechnischer Absicherungen ist klar, daß mit Gesamtkosten von über 160Millionen für den Transport, sowie "einem zweistelligen Millionenbetrag" für die Bahnanschläge (so die BZ am 6.3.) diese Transporte auf Dauer ökonomisch nicht zu realisieren sind. Zumal angesichts des bisher kontinuierlich anwachsenden Widerstandes.

Warum die Castor-Reise so teuer wird

Berlin – Der Castor Transport kommt die Steuerzahler teuer zu stehen: Nach BZ-Informationen wird die Aktion mindestens 157 Mio. Mark kosten!

Niedersachsens Innenminister Glogowski (SPD) hatte bisher allein für sein Land mit 66 Mio. Mark gerechnet.

Sein Haushaltsexperte Andreas Bruns gestern zur BZ: „Ich wage die vorsichtige Prognose, daß wir die 100 Millionen überschreiten werden." **Grund:** In Gorleben mußten mehr Beamte eingesetzt werden als ursprünglich geplant.

Polizeisprecher Jörg Müller dazu: „Wir haben mehrere Hundertschaften zusätzlich eingeflogen." 13 000 (statt 8000) Beamte waren im Einsatz.

80-90 % der Kosten fallen beim Personal an: Die Polizisten sind laut Dienstrecht 24 Stunden pro Tag im Dienst – 84 Mark kostet die Stunde für den gehobenen Dienst.

Hinzu kommen: Verpflegung (rd. 500 000 Mark), Sprit, Wasser für Wasserwerfer, Müllentsorgung und Unterbringung. Die Bezirksregierung Lüneburg baute ein Containerdorf, mietete Kasernen und Turnhallen. Kosten: Über 1 Mio.

Außerdem: Die Castor-Bewachung durch BGS und Polizei in den anderen Ländern verschlingt 37 Mio. Mark.

Und: Die Bahn kassiert knapp 20 Mio. Mark für den Transport. Schäden durch Anschläge kosten einen „zweistelligen Millionenbetrag". **iri**

Vermutlich noch bedeutender als die materiellen Einbußen, die ungeahnte Höhen erreicht haben sind die sogenannten "politischen Schäden" oder "Legitimationsverluste" der herrschenden Politik, wie sie in den Komentaren der meisten bürgerlichen Zeitungen der letzten Tage beklagt wurden. Das heißt, daß Menschen in diesem KOnflikt ihre existenziellen Lebensinteressen, die von Kapital und Staat grundsätzlich in Frage gestellt werden kollektiv und kämpferisch verteidigen; eingebettet und gestützt in eine ansatzweise bundesweite 'Bewegung'. (Nach einer aktuellen Infas-Umfrage äußern im übrigen 60 % der BRD-Bevölkerung Verständnis für das Handeln der dortigen Menschen.)
Ohne dabei einem Märchen vom 'revolutionären Volkswiderstand im Wendland' - angesichts der strikten thematischen Begrenztheit - aufzusitzen, ist diese Form der Konfliktaustragung in Deutschland ein zieliche Ausnahme geworden. Immer weit(er) ins Ausland richtete sich der Blick in den Letzten Jahren, um Beispiele für entschlossene und kämpferische soziale Bewegungen zu finden. Diesbezüglich stehen in der BRD die Buß-und-Bet-Prozessionen der Gewerkschaften (wenn überhaupt) beispielshaft für eine verbreitete Jammerei und Anpassungsbereitschaft, die weit in unsere Kreise reicht.

Ordner: vollständige Castor-Chronologie

Hier stellt der Widerstand gegen die Castor-Transporte auch für andere soziale Konfliktfelder ein Beispiel bereit, wie 'sogar' in der BRD Interessen von Staaat und Kapital mächtig ins Wanken gebracht werden können.
INteressant war in Gorleben auch die (meist unabgesprochene Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und mit anderen politischen Strömungen, wie BI, 'bäuerlicher Notgemeinschaft' oder Gewaltfreien, die jeweils ihre eigenen Absichten vertraten und sich dennoch mit Autonomen imgemeinsamen Handeln gut ergänzten. Das heißt natürlich nicht, daß es keine peinlichen Begegnungen der dritten Art, beispielsweise mit Gewaltfreien gegeben hätte.

Was kommt nach Gorleben? An dieser Stelle stellt sich für Staat und AKW-Betreiber die Frage nach den Alternativen, die für sie nach eigenem Bekunden alle ziemlich Scheiße sind.
Für uns dürfte sich eher die Frage stellen, wie können wir den Erfolg in Gorleben für uns nutzen, wie können wir weitermachen? Dabei liegt die thematische Ausweitung von dem bislang eng an Castor orientierten Widerstand hin zu Atomanlagen und Energiekonzernen insgesamt auf der Hand. Dazu gehört auch die zunehmend näher rückende Atombombe in deutscher Verfügung (sei es über die jüngst amtlich gewordene militärisch-technologische Zusammenarbeit mit der französischen Regierung oder über GarchingII).
Angesichts der, gegenüber den 70er Jahren gesunkenen strategischen Bedeutung von Atomkraft und der Anti-AKW-Bewegung, das heißt vereinfacht, weil über diesen Sektor dem Kapital 'nicht mehr der Strom abgestellt' werden kann, bietet sich auch eine thematische Ausweitung auf ganz andere Bereiche an. WEr weiß, ob dazu eine erneuerte Antifa gehören könnte oder gar Unkrautjäten in Gentech-Feldern oder eine vielfältige Praxis zur 'sozialen Frage' aus ganz veschiedenen Ansätzen..

Für die Abschaltung der herrschenden Klasse, jetzt erst recht!



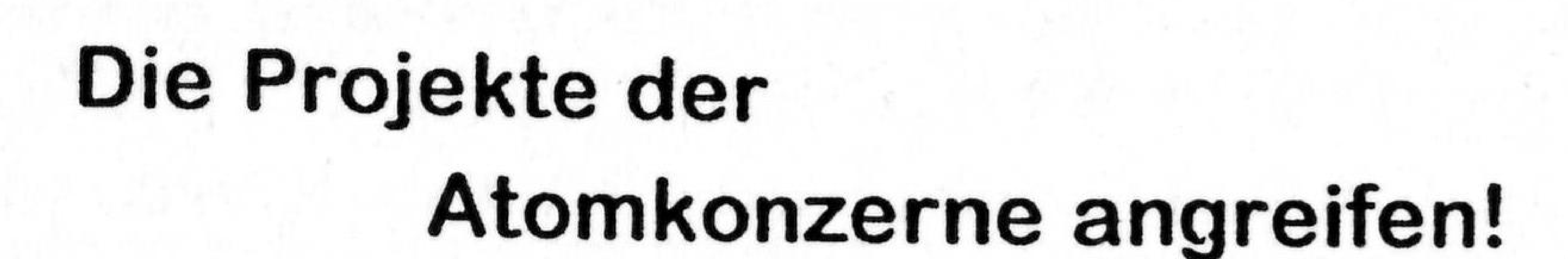
Splietau: Oben Barrikaden, unten wird mit Schaufeln unterhöhlt

Liebe B-null! Leider ist unsein kleiner Irrtum unterlaufen. Versehentlich vernichteten wir neben anderem auch Euer Flugblatt mit dem Aufruf zur Demo in Dolgenbrodt. Wir sahen es noch im Ofen verschwinden und können Euch sagen, daß es dabei noch immer einen sehr kämpferischen Eindruck machte, als die Flammen es verschlingen wollten. Dieser kurze Absatz hier ist trotzdem als Aufruf zu der Antifa-Demo zu verstehen. Selbstverständlich wissen wir auch nicht mehr den Termin und den Treffpunkt der Domo. Irgendwann am Wochenende 15./16. März. Guckt bitte alle selbst mal in junge Welt oder in die einschlägigen Läden.

Inhalt:

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

SIEMENS IST ÜBERALL!



Die Projekte der Atomkonzerne angreifen!





Einiges gegen SIEMENS und der Stand der Dinge

Mit einer bundesweit mobilisierten Demonstration gegen den Siemens-Konzern unter dem Motto „Siemens abschalten! Sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit! Sofortige Stillegung des HERRschenden Systems“ begannen über 3000 AtomkraftgegnerInnen am 8. Februar 1997 in Berlin vorzeitig das Jubiläumsjahr des Unternehmens, das 1997 sein 150 jähriges Bestehen feiern will. Die Siemens AG - der Atomkonzern Nr. 1 in Deutschland - eröffnete die „Feierlichkeiten“ am 13.2. mit einer Hauptaktionärsversammlung in Berlin und beabsichtigt, bis zur offiziellen Festlichkeit im Oktober sein Image aufzupolieren. Es liegt an uns, dem Konzern die Suppe gehörig zu versalzen! Für Berlin war die Demonstration gleichzeitig das Startsignal zur Mobilisierung gegen das atomare Sixpack, das uns die Atomlobby nun beschert hat.

Kein Atomtransport nach Gorleben und anderswo!

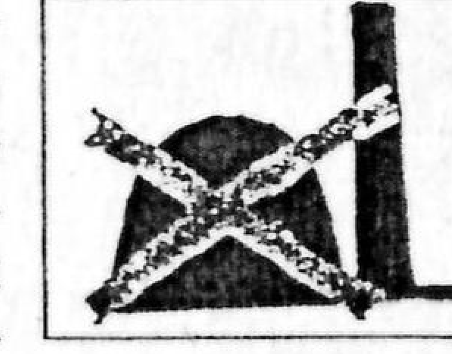
Die Siemens AG steht wie kein anderes Unternehmen hinter dem deutschen Atomprogramm. Die Siemens-Tochterfirma Kraftwerksunion (KWU) hat nahezu alle deutschen Atomreaktoren gebaut. Ob bei dem in Garching bei München begonnenen Bau des Forschungsreaktors FRM II, der deutsche Atombomben ermöglicht, oder bei der Planung neuer Reaktortypen in Greifswald, ob bei der Aufrüstung osteuropäischer Atommeiler oder bei der Stillegung von Forschungsprojekten zur Nutzung von Solarenergie - Siemens ist überall federführend beteiligt. Der Konzern mischt kräftig im Waffengeschäft mit, wie z.B. bei der Entwicklung der Nato-Flugabwehrrakete MEADS (in Kooperation mit der DASA). Die einzige Antwort darauf lautet: Siemens abschalten, Atomanlagen stillegen!

Die „150-Jahr-Feier“ des Unternehmens ist gleichzeitig ein Anlaß, um die Rolle des Siemens-Konzerns im Nationalsozialismus zu thematisieren. Wie viele Unternehmen, aber auch Bauern und Kleinbetriebe, knechtete der Konzern während des NS-Faschismus in seinen Werken ZwangsarbeiterInnen und verweigert bis heute ein Schuldeingeständnis und materielle Entschädigungen für die überlebenden Opfer. Siemens errichtete etwa nahe des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück ein eigenes Werk mit Produktionshallen. 1943 lag der Anteil der FremdarbeiterInnen, Kriegsgefangenen und jüdischen ZwangsarbeiterInnen bei einem Drittel der Siemens-Belegschaft. An der Demonstration am 8.2.1997 beteiligte sich auch ein „Aktionsbündnis 150 Jahre Siemens - Entschädigung jetzt“, das mit einer Veranstaltungsreihe die Firmengeschichte und die Verflechtung mit dem Nationalsozialismus beleuchtete. Siemens nutzt seine finanziellen Möglichkeiten bis heute auf gänzlich andere Weise: die 1958 gegründete, nach dem Familienmitglied, das dem Konzern während des NS vorstand, benannte Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung ist eine rechte Denkfabrik, die sich um eine Modernisierung faschistischen Gedankenguts bemüht. Inhaltlich geprägt wurde die Stiftung von Armin Mohler, einem zentralen Theoretiker der sogenannten „Neuen Rechten“.

Entschädigung aller ZwangsarbeiterInnen

GEGEN NAZIS

Siemens ist für uns auch ein Symbol der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen wir leben. Eine ausbeuterische Produktionsweise, von der nur wenige profitieren, verbündet sich mit einem patriarchalen Technik- und Wissenschaftsverständnis, der Glaube an die BeHERRschbarkeit einer mörderischen Destruktivkraft wie Atomenergie ermöglicht die Profitraten im Energiegeschäft. Kapitalistische Verwertungsinteressen und rassistische Kolonialisierungspolitik gehen in den Uranabbaugebieten Hand in Hand, wo den zumeist indigenen Menschen keinerlei Mitspracherecht bei der Ausplünderung der Uranvorkommen eingeräumt wird. Die Abschottung der reichen Zentren in Europa und Nordamerika gegen Flüchtlinge ist die andere Seite dieser Vormachtstellung. Die staatlichen Polizei- und Militärapparate sichern diesen Status mit brutaler Gewalt an den Wohlstandsgrenzen, Abschiebungen sind an der Tagesordnung, und alle, die sich gegen die Verhältnisse wehren, bekommen das Gewaltmonopol zu spüren. Diese meist nicht näher benannten Zusammenhänge anhand von Siemens und dem Atomprogramm zu verdeutlichen, haben zahlreiche Redebeiträge auf der Demo am 8.2.1997 versucht. Daran sollte auch deutlich werden, daß wir nicht einfach nur „Atomkraft Stop" fordern oder uns einen ökologisch verträglichen Siemens-Konzern wünschen - damit ist Unterdrückung und HERRschaft noch lange nicht aus der Welt. Die am selben Tag in Berlin gegen das Finanzministertreffen der sogenannten „G7-Staaten" gerichtete Demonstration war ein gutes Beispiel dafür, daß wir nicht nur Atomkraft„flausen" im Kopf haben, sondern ebenso die Politik der G7, die viel mit Atomenergie zu tun hat.



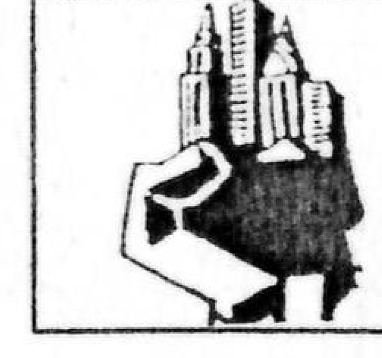
Sofortige Stillegung aller Atomanlagen



Gegen Rassismen kämpfen wo sie uns begegnen

Der Widerstand gegen die HERRschenden Strukturen geht aber uns alle an. Auch unter uns Widerständischen lassen sich HERRschaftsverhältnisse aufspüren, die wir an Siemens und dem Atomprogramm festgemacht haben. Unser Umgang untereinander ist nicht frei von HERRschaft und Unterdrückung, dahin ist es noch ein weiter Weg, den zu beschreiten uns viel gegenseitige Kritik und die Bereitschaft zur Veränderung abverlangen wird. Die feministische Kritik an sexistischem Machoverhalten, jedweden Nationalismus und rechte Versuche, mit Begriffen wie „Heimat" und einem ökofaschistischen Menschenbild in der Anti-Atom-Bewegung an Einfluß zu gewinnen, sollten wir ernst nehmen und eine Auseinandersetzung nicht verweigern.

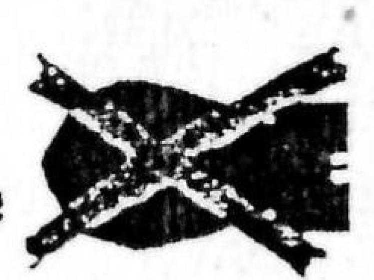
Obwohl die Demonstration am 8.2. in Berlin kraftvoll und groß gewesen ist, haben wir dort auch Grenzen erfahren. So standen wir vor den Mauern der Siemensniederlassung, eingerahmt von mehreren Hundertschaften der Polizei. Die vielen vom letzten Castor-Transport noch in schlechter Erinnerung gebliebenen Berliner Polizeieinheiten provozierten uns entlang der Demostrecke mit Spalier und einigen Eingriffen gegen einzelne TeilnehmerInnen. Schon vor Demonstrationsbeginn wurden Menschen bei den Vorkontrollen festgenommen. Viele dürften auch das Ende der Demo mitbekommen haben: Knüppelschwingend griff die Polizei eine größere Gruppe AtomkraftgegnerInnen an, die gemeinsam die Abschlußkundgebung verlassen wollten und prügelte auf die Leute ein. Mehrere Verletzte und mindestens 24 Festnahmen waren das Ergebnis dieser Polizeiaktion.



Sofortige Stillegung des HERRschenden Systems

Nach der Demonstration kam es - wie unlängst auch im Wendland - bei einigen Kreuzberger Läden, die Demoplakate im Schaufenster aufgehängt hatten, zu Durchsuchungen und Beschlagnahmungen der Plakate. Außerdem versuchte der Verfassungsschutz mehrfach, Leute als Spitzel anzuwerben! Die Antwort des Staates und seiner Vollzugsorgane auf unsere Initiative ist also nicht ausgeblieben.

Kein Reaktor in Garching, keine deutsche Atombombe



Neben der Demo und einigen Informations- und Protestveranstaltungen hat es in Berlin auch einige militante Aktionen gegen Einrichtungen des Siemens-Konzerns gegeben. Brandsätze gegen eine Siemens-Filiale, Feuer und Flamme gegen zwei Firmenautos und die Umgestaltung des firmeneigenen Kriegerdenkmals vor den Werkstoren in Siemensstadt zeigen, daß der Konzern angreifbar ist und das Atomgeschäft nicht mehr so billig zu haben ist. Wir freuen uns über die verschiedensten Initiativen, die Siemens auf- und angegriffen haben - so wie beim Widerstand gegen die Atomtransporte jedes Flugblatt und jeder Wurfanker zählt, so ist es auch beim Widerstand gegen Siemens wichtig, daß wir uns nicht aufspalten lassen. Denn genau das versuchen Staat und Medien, seit sie dem Erfolgsrezept des wendländischen Widerstands auf die Spur gekommen sind.

Wir arbeiten zur Zeit an einem Reader zu den Anti-Siemens-Aktionen, in dem die Redebeiträge der Demonstration dokumentiert werden. Allen Leuten, denen dazu noch was einfällt bzw. die etwas dafür schreiben wollen, werden gebeten, sich bei uns zu melden. Besonders interessiert uns, welche Rolle Siemens an den einzelnen Atomstandorten einnimmt.

Für eine revolutionär-feministische Perspektive



Die Demonstration am 8.2. war nur der Auftakt der Anti-Siemens-Aktionen. Am 12. Oktober 1997 versucht Siemens in Berlin erneut, sich selbst zu feiern, am 11./12. 10. findet in Berlin zudem eine „internationale Führungskräftetagung" des Konzerns statt. Über das Jahr plant Siemens noch weitere Prestigeveranstaltungen, zu denen unser Beitrag nicht fehlen sollte. **Die Vorbereitungen dafür haben bereits begonnen. Beteiligt Euch an den konkreten Aktionen und werdet selbst gegen Siemens aktiv!!!**

Für ein selbstbestimmtes, HERRschaftsfreies Leben ohne Staaten, Konzerne und Atomanlagen

Demonachbereitungsgruppe
c/o Infoladen „Nachladen"
Waldemarstr. 36, 10999 Berlin
Tel. 030/6157329, Fax 030/6153860



Thesen zum Autonomiebegriff

Der folgende Text ist das Ergebnis einer intensiven Auseinandersetzung, in der wir versucht haben, unsere Erfahrungen aus langjährigen antipatriarchalen und antikapitalistischen Kämpfen zu verarbeiten. Wir wissen, daß der Text harter Stoff ist. Aber genauer, konkreter oder einfacher können wir unsere Gedanken im Augenblick leider nicht ausdrücken. Es käme jetzt darauf an zu überprüfen, ob unsere Thesen in der Praxis etwas taugen. Das können wir aber nicht alleine herausfinden, sondern dazu brauchen wir die kritischen Nachfragen von anderen. Nur um Mißverständnissen vorzubeugen: Es geht in diesem Papier nicht um die Bedeutung bestimmter Unterdrückungsverhältnisse, sondern um die Form von Widerstand und revolutionärem Kampf.

Die politische Identität vieler von uns, die sich jetzt auf den Kongreß vorbereiten, ist davon geprägt, daß sie sich als Teil der »autonomen Bewegung« begreifen oder begriffen haben. Was verbirgt sich hinter dem politischen Etikett »autonom«?

1. Eine lange Begriffs-Geschichte, die wir nicht abschütteln können:

Autonomie als Freiheitsbegriff aus der deutschen Aufklärung (Kant), der – bürgerlich-individualistisch uminterpretiert – die Voraussetzung für die Entfaltung des kapitalistischen »freien« Marktes schuf.

Autonomie als Kampfziel territorialer, oft nationalistisch bestimmter Befreiungskämpfe.

Autonomie als politische Bestimmung der norditalienischen Betriebskämpfe von »autonomia operaia« gegenüber Partei und Gewerkschaften.

Autonomie als Parole, um die antipatriarchalen Kämpfe von Frauen aus der Umklammerung und Instrumentalisierung durch Männerpolitik zu befreien.

Autonomie als Abgrenzung der undogmatischen und spontan organisierten Kräfte gegenüber den parteiorientierten kommunistischen Gruppen in der Anti-AKW-Bewegung ab Mitte der 70er Jahre.

In den 80er Jahren sind »die Autonomen« in der Öffentlichkeit teils zum Mythos, teils zum BürgerInnenschreck geworden, in den 90er Jahren – nicht unverschuldet – eher zur Karikatur.

2. die Hoffnung auf eine revolutionäre Alternative zu autoritärem Staats- und Parteisozialismus und pseudodemokratischer Kapitalherrschaft:

Wir können nicht übergehen, wie der Begriff »Autonomie« im allgemeinen benutzt wird, müssen uns aber auch nicht darauf festlegen lassen. Wir wollen versuchen, seine revolutionäre Sprengkraft freizulegen. Dazu ein paar Thesen:

1. Autonomie ist nicht Unabhängigkeit ...

Im allgemeinen Sprachverständnis wird »Autonomie« in erster Linie als Anspruch auf Unabhängigkeit verstanden. Das ist aus zweierlei Gründen zu kritisieren: Erstens wird der Anspruch als Forderung an die Gegenseite gerichtet, macht diese also zu einer Instanz, die das Recht hat, Ja oder Nein dazu zu sagen, und schreibt damit gerade die Abhängigkeit fest. Zweitens ist vor allem persönliche Unabhängigkeit in der Bedeutung: Freiheit von sozialen Bindungen und Verpflichtungen, Hauptcharakteristikum des spätbürgerlichen Individualismus und Grundlage der totalen Konkurrenzgesellschaft, die wiederum alle sozialen Beziehungen zerstört.

2. ... sondern die Bereitschaft zu Selbstbestimmung und Eigenverantwortung

Politisches Terrain für emanzipatorische Bewegung gewinnen wir erst, wenn wir uns ausdrücklich auf den Ausgangspunkt von Autonomie beziehen (autonomos = eigengesetzlich). Dem Kampf um Freiheit von Fremdbestimmung muß die Bereitschaft zu Selbstbestimmung und Eigenverantwortung bereits vorausgehen, denn die innere Loslösung, die Negation des äußeren Herrschaftsanspruchs, ist Voraussetzung für den Kampf um äußere Freiheit. In dem äußeren Freiheitskampf geht es nur noch darum, den Gegner dazu zu zwingen, die Grenzen, die meine Autonomie ihm setzt, zu akzeptieren. Autonomie ist die Bezeichnung für die Entscheidung eines Menschen oder einer Gruppe von Menschen, ihre Geschicke aus einer Verantwortung für das Ganze heraus selbst in die Hand zu nehmen. Man kann sie nicht einfordern, man kann sie sich nur selbst nehmen, indem man sie praktiziert.

Wer sich dessen bewußt ist, wartet nicht mehr darauf, daß jemand anderes sagt, wie seine/ihre Probleme zu lösen sind, sondern sucht sich Verbündete und guckt, was man gemeinsam tun kann. Solche Gruppen sind gerade so stark, wie die Bereitschaft der einzelnen Beteiligten, ihre Eigenverantwortlichkeit auch in der Kollektivität beizubehalten.

3. Nach Verursachung fragen, die eigenen Handlungsspielräume erkennen

Autonom, also selbstbestimmt und eigenverantwortlich handelnde Menschen werden weniger nach Schuld als nach Verursachung fragen, wenn sie den politischen Kampf gegen Mißstände aufnehmen. Denn von »Schuld« zu sprechen, setzt voraus, daß es eine Instanz oder wenigstens einen absoluten Maßstab für Recht und Unrecht gibt, den alle anerkennen müssen.

Sie werden sich deshalb nicht so sehr dafür interessieren, wer in einem politischen, sozialen oder auch persönlichen Konflikt die Täter und wer die Opfer sind, sondern dafür, wo jeweils die eigenen Handlungsspielräume sind, die Verhältnisse zu verändern.

Das heißt nicht, andere aus ihrer Verantwortung zu entlassen – sie haben genauso die Konsequenzen für ihre Entscheidungen und Handlungen zu tragen, ob sie das nun wollen oder nicht –, aber es heißt, die Veränderung der eigenen Situation nicht davon abhängig zu machen, ob die Appelle und Forderungen von der Gegenseite erfüllt werden.

4. Wahrheiten sind subjektiv, aber nicht beliebig

Wenn das Subjekt die letzte entscheidende Instanz ist, kann es keine Welterklärung mit absoluter, für alle verbindlicher Gültigkeit geben. Das müssen wir zugeben, wenn wir ehrlich sind, auch wenn wir es vielleicht einfacher fänden, uns vorzustellen, daß wir auf der Seite der »objektiven und ewigen Wahrheit« kämpfen.

Alle Menschen und Menschengruppen organisieren ihre Interessen und erklären sich die Zusammenhänge aus der Perspektive dieser Interessen. Das festzustellen, heißt nicht etwa, alle Theorien in gleicher Weise für berechtigt zu hal-



Aufrufplakat zum Autonomie-Kongreß

ten. Wir nehmen Stellung zu ihnen, finden sie absurd, gelogen, Ausdruck irregeleiteter Hirn (dasselbe denken unsere GegnerInnen natürlich von uns!). In erster Linie kennzeichnen wir unseren politischen Standort durch die Haltung, die wir zu den Theorien anderer einnehmen. Das ist wichtig, denn daran sind wir zu erkennen, finden Verbündete und werden zu einer politischen Kraft. Insofern ist jeder politische Standpunkt von außen betrachtet (also von einem Punkt, den es nur als Konstruktion gibt) zwar relativ, aber für jedes politische Subjekt (ob Individuum oder Gruppe) trotzdem absolut.

5. Theorie wird dadurch gültig, daß sie ein gemeinsames Verständnis von Erfahrung abbildet

Es ist Teil des politischen Kampfes auf der Ebene der Ideologie, wenn Theorien als absolut gültig hingestellt werden und ihre Subjektivität und Interessensgebundenheit verschleiert wird, so daß dem Gegner nichts anderes mehr übrig bleibt, als sich der scheinbar alleingültigen Welterklärung zu unterwerfen. Die politische Macht, die auf dieser Einschüchterung beruht, bricht in sich zusammen, wenn die Gegner doch entdecken, daß die Theorie nicht der Wahrheit, ihrer Wahrheit entspricht, daß es andere Theorien gibt, die ihre Lage besser erklären und sie handlungsmächtiger machen. Ein »autonomes« Verhältnis zu Theorie verträgt sich schwer mit einem einklagbaren Anspruch auf objektive Gültigkeit. Theorie ist der Versuch, Praxis zu begreifen, wobei es zwangsläufig nur um die eigene Praxis bzw. den eigenen Blick auf die allgemeine Praxis gehen kann. Trotzdem ist Theorie nicht beliebig, weil wir untereinander darüber streiten und sich so ein gemeinsames Verständnis herausbildet. Ein solches gemeinsames Verständnis ist eine wichtige, ja notwendige Voraussetzung, um zu einer gemeinsamen Bestimmung von politischer Strategie zu kommen, deshalb werden wir natürlich weiter versuchen, andere von unserer Sichtweise der gesellschaftlichen Verhältnisse zu überzeugen.

6. Die Hierarchisierung von Unterdrückungsverhältnissen ist ein Konstrukt

Jede Hierarchisierung von Unterdrückungsverhältnissen (das Patriarchat bedingt den Kapitalismus, oder umgekehrt) ist aus dem genannten Grund nichts weiter als eine Behauptung. Sie stellt den – durchaus berechtigten – Versuch dar, die Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse aus der Perspektive der eigenen Interessen zu ordnen. Wenn sie hilft, sich Mut zu machen, hat sie vielleicht einen Sinn, aber sie liefert eigentlich keinen Beitrag zur Erklärung der Verhältnisse. Es ist leicht einzusehen, daß es keine (objektive) Gesamtbewertung der ineinandergreifenden Unterdrückungsverhältnisse geben kann. Und es entspricht nicht autonomem Selbstverständnis, anderen zu sagen, welches das wichtigste Unterdrückungsverhältnis für sie zu sein hat. Nach dem »revolutionären Subjekt« zu suchen, auf das sich der revolutionär kämpfende Mensch beziehen muß, wird uns nicht weiterhelfen. Das heißt aber nicht, daß wir nicht immer wieder nach anderen Menschen suchen, die mit uns gemeinsame Interessen haben und mit denen wir zu einer politischen Kraft zusammenkommen.

7. Es geht um die Veränderung unserer politischen wie persönlichen Praxis

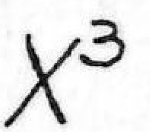
Der stärkere Bezug auf Autonomie als Eigenverantwortlichkeit würde auch unsere ganz konkrete Praxis sehr verändern, und zwar sowohl in der Art, wie wir in gesellschaftlichen Konflikten intervenieren, als auch im ganz direkten und persönlichen Verhältnis untereinander: weniger Versuche, für andere mitzudenken, ihren Widerspruch vorwegzunehmen (sie sind selbst verantwortlich), weniger Warten darauf, daß andere den Karren aus dem Dreck ziehen (ich bin genauso verantwortlich).

8. Offene, herrschaftsfreie Kollektivität gibt es nur auf der Basis von Autonomie!

Der Widerspruch zwischen Kollektivität und Autonomie ist nur ein scheinbarer, denn Eigenverantwortlichkeit ist die Basis jeder nicht-hierarchischen kollektiven Struktur. Nur dadurch kann die Aufspaltung in »AktivistInnen« und »Fußvolk« und die Unterordnung einzelner unter ein ideologisches Gesamtkonzept verhindert werden. Und nur so kann die gegenseitige Angewiesenheit, die es in jeder Form von Kollektiv gibt, die oft sogar seine Bedingung ist, zu einer produktiven Größe werden. Eigenverantwortlichkeit heißt eben auch: verantwortlich mit den eigenen Kräften umgehen, Verantwortung abgeben, und die anderen genauso verantwortlich machen. Wir wissen noch nicht, wie das in der Praxis aussehen kann, gerade an dem Punkt gibt es wahnsinnige Schwierigkeiten, aber wir wissen, daß der Konflikt nicht in der Alternative: Autonomie oder Kollektivität gelöst werden kann; das wäre der sichere Weg in die Vereinzelung.

Berlin, Februar '95

I. und L., Arbeitsgruppe zum Autonomie-Begriff für den Kongreß Ostern '95

CASTOR – ALARM 

bundesweite Auftaktkundgebung in Lüneburg

Sa. 1.3., 12.00 Uhr.

Der folgende Beitrag wurde von Leuten aus dem autonomen Spektrum vorbereitet.

Unseren Widerstand gegen Atomtechnologie zum Bestandteil unserer Kritik gegen die herrschenden Verhältnisse machen!

Heute haben wir uns hier versammelt, um

- gegen die, für die kommenden Tage angekündigten Castor-Transporte zu protestieren,
- und um alle Menschen, die noch zögern, zu ermutigen, auch praktisch zum Ausdruck zu bringen:

  Wir sind nicht bereit, eine Technologie hinzunehmen, die unsere Lebensbedingungen zerstört.

Schluß damit,
wir stellen uns quer!
und
Wir werden nicht aufgeben, auch wenn wir unser Ziel in den nächsten Tagen nicht vollständig erreichen!

Aber wir sind nicht nur hier, um zu verhindern, daß die Castor-Transporte ins Wendland kommen,
und auch nicht nur, um der örtlichen Bevölkerung in ihrem Protest beizustehen,
sondern wir sind auch hier, aus eigenem Anliegen und das geht über den Kampf gegen die Gefährdung durch radioaktive Strahlung hinaus.

Die Welt ist für uns auch dann noch nicht in Ordnung,
- wenn es keine Lagerung von Atommüll im Wendland mehr gibt,
- oder auch dann noch nicht, wenn wir das gesamte Atomprogramm verhindert haben.

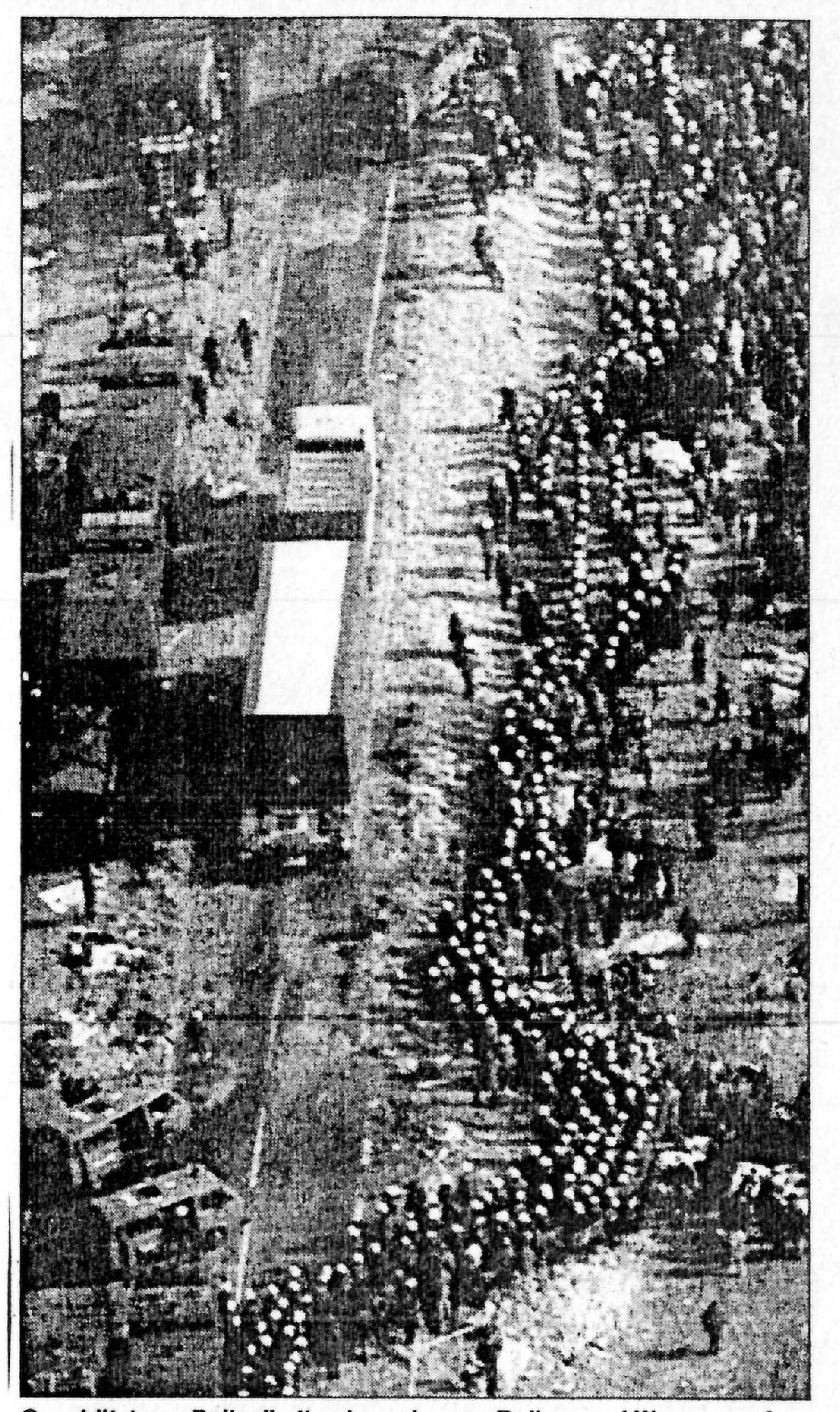
Atomtechnologie - wie Atombomben und Atomkraftwerke - läßt sich nicht als bloßer gesellschaftlicher Auswuchs eines für uns sonst intakten sog. "demokratischen Rechtsstaates" verstehen, sondern sie ist bewußter und konsequenter Bestandteil dieser herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Das Streben nach weltweiter politischer und ökonomischer Vorherrschaft und nationalistische Überheblichkeit und wissenschaftliche und technologische Machbarkeits- und Machtphantasien waren und sind die Hintergründe für grausame Verletzungen und Mord an mehreren Millionen Menschen durch radioaktive Strahlung.

So beruhen die Gefahren, die von Entwicklung und Anwendung der Atomtechnologie ausgehen, nicht etwa auf Unwissenheit oder auf Irrtum, sondern werden bewußt in Kauf genommen: Tod und Krankheit sind lediglich Faktoren in der Kosten-Nutzen Rechnung von Industrie und Staat.

Die offizielle wissenschaftliche Lehrmeinung trägt dazu bei, diese Gefahren zu verharmlosen, und betätigt sich als Erfüllungsgehilfin ökonomischer und politischer Interessen.

Blicken wir zurück:
Als am 6. August 1945 die USA über Hiroshima und drei Tage später über Nagasaki eine Atombombe abwarfen und damit das politische Atomzeitalter einleiteten, geschah das als Machtdemonstration gegenüber der übrigen Welt und für die WissenschaftlerInnen war das - in IHRER Begrifflichkeit gesprochen - ein "Freilandversuch an lebenden und toten Objekten".



Geschützt von Polizeiketten in mehreren Reihen und Wasserwerfern rollte der Castor-Transport auf der Landesstraße 191 Richtung Gorleben. Foto: dpa

Diese Experimente kosteten unmittelbar etwa 1/4 Millionen Menschen das Leben, brachten Ungezählten Elend und Leid und selbst heute noch - 50 Jahre danach - sterben Menschen an den Folgen der radioaktiven Strahlung.

Das, aber auch die Katastrophen in Harrisburg und Tschernobyl - und das sind nur einige Spitzen des Eisberges und wir dürfen darüber die Gefahren die z.B. vom Uranabbau und vom sog. Normalbetrieb ausgehen, nicht vergessen -, sollte allen die Augen öffnen und alle mißtrauisch machen vor den Unschuldsbekundungen der für das Atomprogramm Verantwortlichen.

SIE schaffen vollendete Tatsachen:
Mit dem Betrieb von Atomkraftwerken produzieren SIE den Atommüll und dann reden SIE scheinheilig von gesellschaftlicher Verantwortung zu dessen Beseitigung.
Und es spricht von ungeheurer Arroganz und von Zynismus uns gegenüber, wenn u.a. Innenminister Kanther auf der Bundestagsdebatte am letzten Donnerstag die Auseinandersetzung um die Atomtechnologie auf machtpolitische Sicherheitsinteressen reduziert.

Aber so nicht mit uns!
Unsere alte Forderung gilt nach wie vor:
Zuerst alle Atomkraftwerke abschalten und dann denken wir gemeinsam über die Lagerung des Atommülls nach!

Die ökonomische und politische Macht der sog. "Freien Sozialen Marktwirtschaft" beruht gerade auch auf der Ausplünderung der menschlichen Arbeitskraft und "Natur". Der Mensch ist von bestimmten ökologischen Bedingungen abhängig und genau diese werden durch die kapitalistische Produktionsweise vernichtet.
Das bedeutet für uns: Die ökologische Frage wird nur im Zusammenhang mit der sozialen gelöst werden können.

Und das heißt für die ökologische, aber genauso auch für jede andere emanzipatorische Bewegung, daß sie sich weder auf ausschließlich regionale noch ausschließlich fachspezifische Kämpfe beschränken kann, will sie die Fragen an der Wurzel packen und sich nicht damit zufrieden geben, das Problem nur von der eigenen "Haustür" fernzuhalten. Das würde immer nur eine kurzfristige Scheinlösung sein.

Es geht uns eben nicht nur um die Beseitigung der Atomtechnologie, sondern wir kämpfen gegen Atomtechnologie als ein Erscheinungsbild dieser menschenverachtenden Verhältnisse und für eine Gesellschaft, in der der Mensch im Mittelpunkt steht.

Die Kraft der Anti-AKW-Bewegung ist auch daraus entstanden , daß so viele Menschen - und das ohne schlechtes Gewissen (das, nachdem alle Versuche der Argumentation auf Erörterungsterminen, vor Gerichten, auf Veranstaltungen mit VertreterInnen der Atomindustrie und PolitikerInnen nichts gebracht haben) - z.B. gesagt haben und weiterhin sagen:

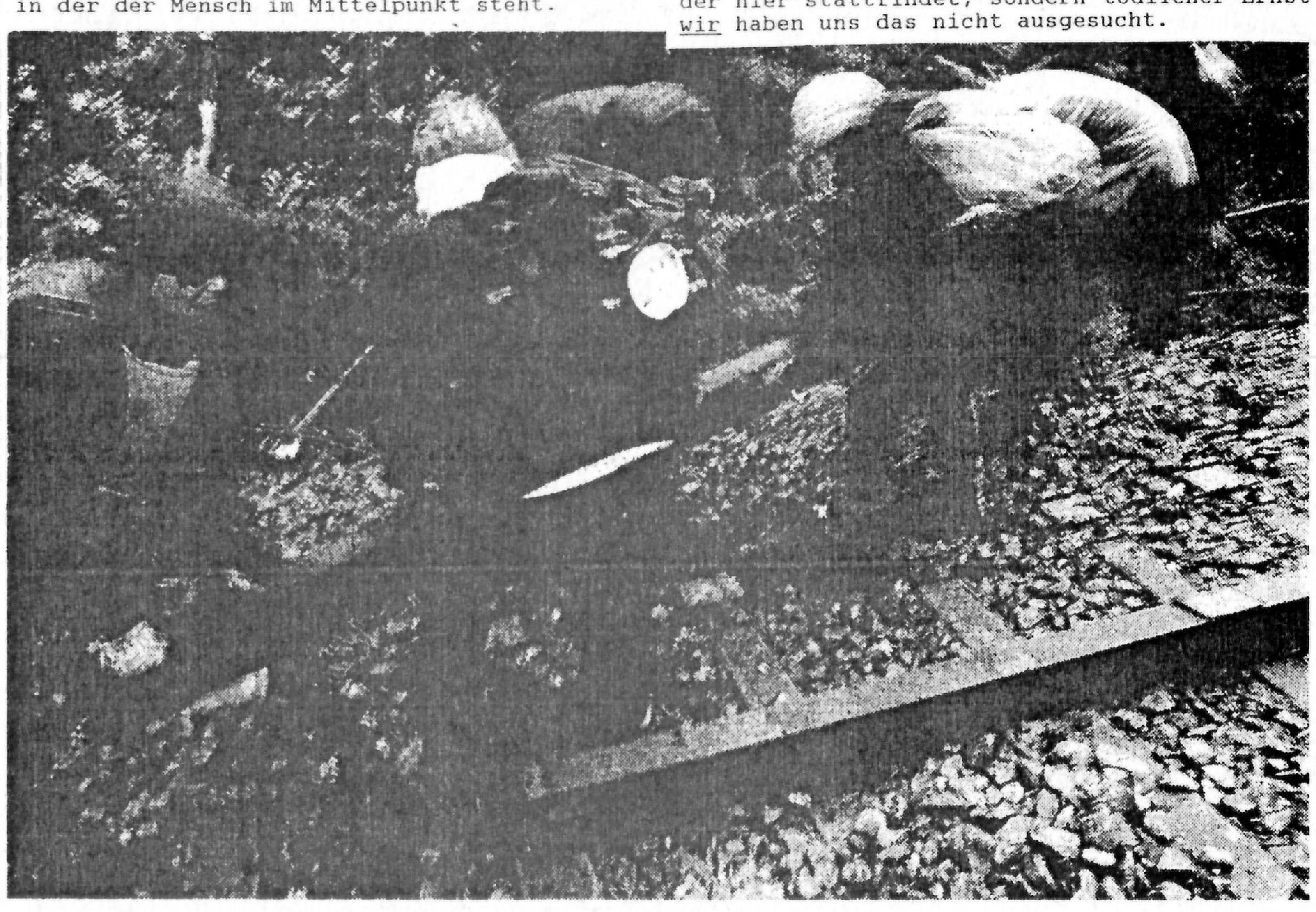
- >>Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht<<, oder

- >>Wenn das Gesetz sein soll, was unser Leben zerstört, dann haben wir ein Recht, dieses Gesetz zu brechen<<, oder

- >>kriminell sind die, die Atomkraftwerke bauen und nicht die, die sie zu verhindern versuchen<<, oder

- >>Die Region, in der das AKW gebaut wird, zum Feindesland für die Verantwortlichen und damit unregierbar zu machen<<.

Wir sollten uns nichts vormachen, es gibt keinen ergebnisoffenen Dialog zwischen uns und der Atommafia, und es ist auch kein sportlicher Wettkampf, der hier stattfindet, sondern tödlicher Ernst - und wir haben uns das nicht ausgesucht.



Aktion in Gorleben: AKW-Gegner bei Vorbereitungen für Castor-Transporte am vergangenen Wochenende *Foto: Theo Heimann*

Und d.h. z.B., Erscheinungen dieser Gesellschaft wie:

- bewußtes Abdrängen ganzer Bevölkerungsschichten in Armut und in gesellschaftliche Isolation, oder

- Selektions- und Vernichtungsprogramme für alle, die für diese Gesellschaft nicht verwertbar sind, wie alte Menschen, chronisch kranke Menschen oder andere, von dieser Gesellschaft behinderte Menschen,

- oder Zurückweisung von MigrantInnen und Flüchtlingen, von Menschen, die Hunger, Not und Verfolgung zu entfliehen versuchen,

- oder eben auch eine menschenfeindliche Technologie, wie die Atomtechnologie,

also solche Erscheinungen als verschiedene, aber voneinander untrennbare Erscheinungen der gleichen Ursache zu sehen und als solche auch anzugreifen.

Und in diesem Kampf geht es auch entscheidend darum, wie wir dieses Ziel erreichen und was sich dabei unter uns verändert.

So hat auch bei immer mehr Menschen der Verlust an politischer Glaubwürdigkeit, der Verlust an politischer Legitimität staatlichen Handelns zum Loyalitätsschwund den politisch Mächtigen gegenüber geführt und dazu, **den herrschenden Vorstellungen von Recht und Gewalt eigene Vorstellungen von Legitimität und Widerstand entgegenzusetzen.**

Filbinger, der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg hatte das sehr wohl begriffen, wenn er sagte:
"Das Schlimmste bei Wyhl war, daß die Bauern und Winzer ein so verteufelt gutes Gewissen hatten, wenn sie die geltenden Gesetze brachen".

Und der Innenminister Kanther irrt sich, wenn er glaubt, die Legitimität des Staates durch polizeistaatliche Methoden wieder herstellen zu können.

Die politisch Herrschenden verstehen unser Zusammenkommen sehr richtig als Bedrohung gegen sich und versuchen, uns zu spalten: In die - wie SIE sagen - "betroffene", vernünftige Bevölkerung vor Ort mit ehrenvollen Absichten, die sie immer wieder zu ho-

fieren und zu umschmeicheln versuchen, und in die angereisten "Chaoten", "Gewalttäter", "Anarchisten" "Staatsfeinde" und "Kommunisten" aus den Städten", denen ausschließlich ganz andere Absichten unterstellt werden, als gegen die Atomtechnologie zu sein.

Ein Beispiel aus der letzten Zeit ist der vertrauliche Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz von Oktober vergangenen Jahres zum Castor-Widerstand.

Wir alle wissen - und das ist in diesem Sinne auch in Presseerklärungen und LeserInnenbriefen geäußert worden -, es geht hierbei um den Versuch der Entsolidarisierung der Bewegung:
Konflikte zwischen - in IHRER Begrifflichkeit gesprochen -, zwischen "Gewaltfreien" und "Militanten" oder zwischen Linken, "Chaoten" und "besorgten BürgerInnen", zwischen Leuten aus dem Landkreis und Leuten von weiter weg sollen geschürt und zur Schwächung des Widerstandes genutzt werden.

In diesem Sinne wird auch versucht, die Atommülltransporte lediglich auf ein sicherheitspolitisches Problem zu reduzieren und damit von der Auseinandersetzung um den Ausstieg aus der Atomtechnologie und von den für das Atomprogramm verantwortlichen gesellschaftlichen Hintergründen abzulenken.

Dieser Verfassungsschutzbericht hat einige Empörung, vielleicht auch Angst, aber auch Irritationen unter uns ausgelöst.

Und es stellt sich manchmal die Frage, wieweit einige von uns, IHNEN da schon auf den Leim gegangen sind.

Wir müssen sehr genau aufpassen,
- daß wir uns nicht die Begrifflichkeit von Gewalt, Recht und Legitimität unserer GegnerInnen zu eigen machen,

- daß wir uns nicht von IHNEN in Rechtfertigungszwang drängen lassen,

- und daß wir die staatlichen Angriffe gegen uns, nicht für die Rechtfertigung der eigenen Positionen oder für Distanzierung von Andersdenkenden nutzen.

IHRE Appelle an Gewaltfreiheit haben sich schon lange als bloßer Zynismus entlarvt: Weil SIE sie außschließlich inszenieren, um leichter durchzukommen.

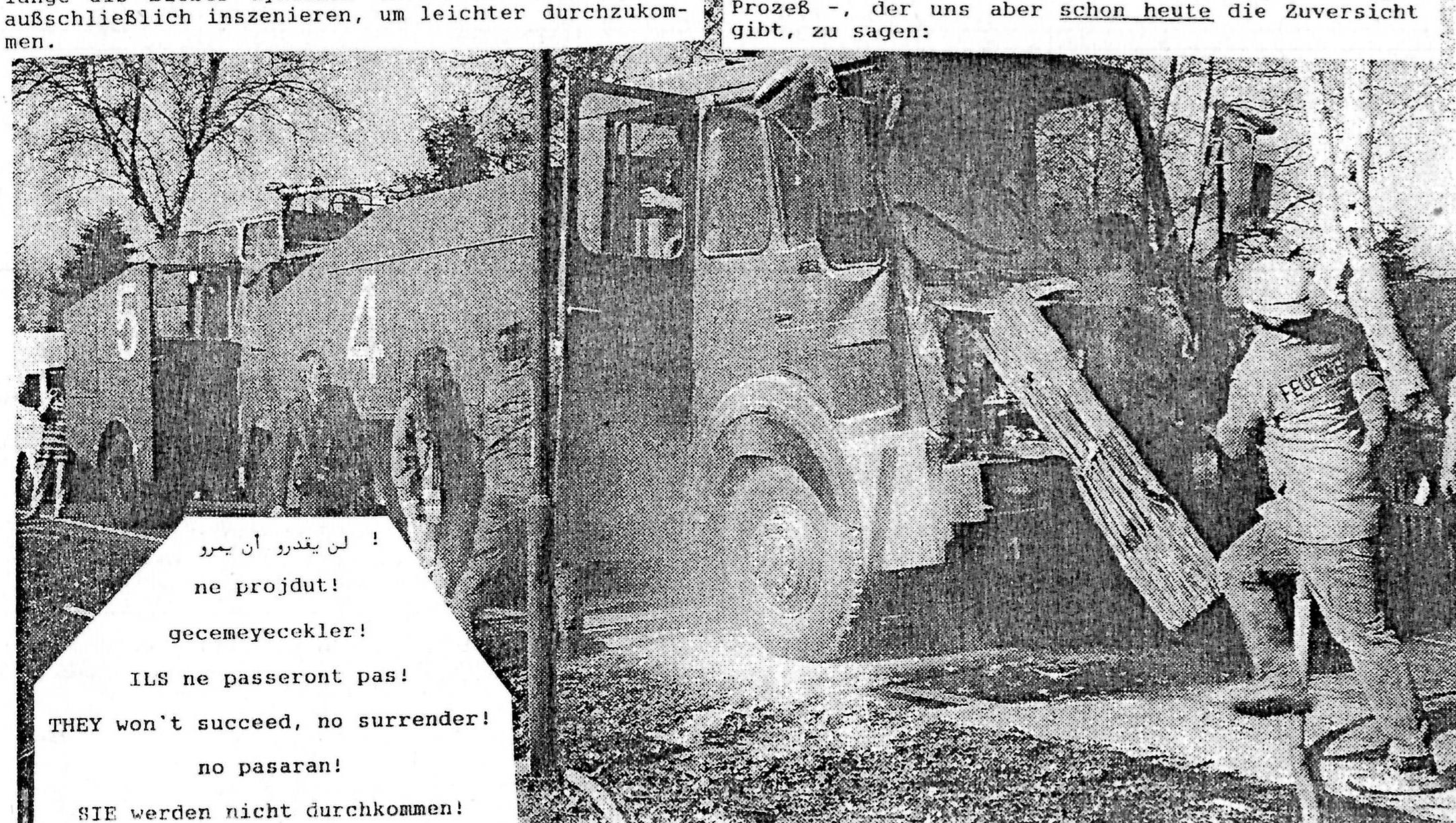
Sicher gibt es unter uns die unterschiedlichsten politischen Auffassungen und wir leben in sehr verschiedenen sozialen Verhältnissen.
Besonders was die Widerstandsformen betrifft, sind wir oft nicht einer Meinung.
Aber andererseits brauchen wir uns gegenseitig - und wir meinen damit nicht, aus taktischen Erwägungen, sondern weil wir auch die Erfahrung gemacht haben, wir können viel voneinander lernen, wir müssen unsere Vorstellungen offen machen und immer wieder neu hinterfragen und hinterfragen lassen, und das bringt uns gegenseitig weiter, schafft Solidarität, Beziehung, Kommunikation und das macht uns gemeinsam stärker.

Wir sollten aber nicht aus den Augen verlieren, daß unser eigenes Recht einfordern, politische Gegenmacht einfordern, immer nur auf der Grundlage eigener gesellschaftlicher Perspektive und gesellschaftlicher Utopie stattfinden kann. An diese Diskussion wagten wir uns nicht so richtig ran, wir klammerten sie weitgehend aus, aus eigener Unsicherheit und vielleicht auch, um die Harmonie in der Aktion nicht zu gefährden.

Dies ist aber nur eine scheinbare Harmonie. Denn die Haltung, an Widersprüchen unter uns nicht zu rühren, Konflikte zu glätten oder unter den Teppich zu kehren, aus der Besorgnis, daß uns das schwächen könnte, wird längerfristig unsere eigene Entwicklung blockieren und unser Verhältnis zueinander auf ein taktisches reduzieren.

Grundlage von Herrschaft ist immer auch Spaltung, gesellschaftliche Vereinzelung, verbunden mit Kontrolle, Steuerung, Zerstörung von Individualität und Kollektivität.
Was wir dagegen setzen könne, ist Kommunikation als Auseinandersetzumng unter uns, als Berührung, als sich gegenseitig Öffnen und sich aufeinander Einlassen. Und das ist immer auch Sabotage an den herrschenden Verhältnissen und die entsteht überall da, wo Menschen versuchen, Auseinandersetzungen zu führen, um sich einen eigenen Begriff von Herrschaftsfreiheit, Solidarität und Menschenwürde anzueignen.

Einen gemeinsamen Schritt in diese Richtung wünschen wir uns für die nächsten Tage!
Einen Schritt - sicher in einem längerfristigen Prozeß -, der uns aber schon heute die Zuversicht gibt, zu sagen:



Dünsche: Wasserwerfer fuhren auf

Sieben Polizisten wurden verletzt

ür **Dünsche.** Sieben Polizeibeamte aus Hamburg wurden am Montagvormittag bei einem schweren Verkehrsunfall in Dünsche verletzt. In die Kollision waren drei befüllte Wasserwerfer und ein Gruppenwagen verwickelt.

Der Konvoi war auf der Fahrt in seinen Einsatzraum in Richtung Gorleben. Als der Fahrer des Gruppenwagens verkehrsbedingt anhalten mußte, gelang es nur den beiden folgenden Wasserwerfern, rechtzeitig zu bremsen. Der dritte Wasserwerfer jedoch prallte auf seinen Vordermann auf und schob ihn auf das vorausfahrende Fahrzeug. In der völlig demolierten Fahrerkabine (Foto) wurde der Fahrer eines Wasserwerfers eingeklemmt, er mußte von seinen Kameraden unter Einsatz eines Spreizers befreit werden. Der Mann erlitt schwere Verletzungen, während sich eine Beamtin und fünf Beamte mit leichten Verletzungen in ärztliche Behandlung begeben mußten.

An den Unfallort wurden auch der Notarzt, mehrere Fahrzeuge des DRK, der Rettungshubschrauber aus Uelzen sowie die Feuerwehr Lüchow gerufen. Zwei Wasserwerfer wurden völlig zerstört, insgesamt beziffert die Polizei die Schadenshöhe auf 1,5 Mio. DM. Die Unfallstelle war erst gegen 18 Uhr geräumt, weil zwei Tieflader aus Winsen/Luhe herangeholt werden mußten, die die beiden Wasserwerfer abtransportierten.

Aufn.: H.-H. Müller



Polizisten zerstachen Treckerreifen

jg **Splietau.** In einer Blitzaktion hat die Polizei gestern in Splietau einen Großteil der etwa 50 Traktoren lahmgelegt, die seit mehreren Tagen die Ortsdurchfahrt auf der Landesstraße blockieren. Kurz nach 11 Uhr landeten vier BGS-Hubschrauber auf einer Wiese am Dorf; Beamte der Landespolizei Niedersachsens sprangen heraus, liefen auf die Trecker zu, kniffen mit Seitenschneidern Ventile ab und zerstachen Reifen von rund 30 Fahrzeugen; wie Augenzeugen berichten, sei dies teils mit Messern, teils mit Schraubenziehern geschehen. So schnell wie sie gekommen waren, verschwanden die Polizisten und die Grenzschutzhubschrauber wieder.

Nicht nur bei Bäuerinnen und Bauern hat das Vorgehen der Polizei Empörung ausgelöst. Auch aus den Reihen der Splietauer Bürgerinnen und Bürger wurde der Einsatz scharf verurteilt: als völlig sinnlos, als „pure Rache wegen der Blockade“, als staatlich befohlene Zerstörung fremden Eigentums. „Staatsterror“ nannte ein Landwirt das Tun der Beamten.

PLATTGEMACHT hat die Polizei Treckerreifen in Splietau; teils geschah dies durch Abkneifen der Ventile, teils durch Stechen. „Haben die wirklich geglaubt, wir würden noch irgendwohin zum Blockieren tuckern?“ fragte ein Bauer angesichts seines demolierten Fahrzeugs. Wie zu erfahren war, soll der Befehl zum Lahmlegen der Traktoren von der Gesamteinsatzleitung in Lüneburg gekommen sein.

Abgeführt, unterhöhlt

Etwa 250 Castor-Gegner sind gestern aus einem Waldstück bei Quickborn abgeführt (Foto rechts) und 90 von ihnen in die Gefangenensammelstelle nach Neu Tramm gebracht worden. Aus dem Pulk der Demonstranten sind nach Polizeiangaben Straftaten verübt worden, die Einsatzkräfte kreisten daraufhin die Demonstranten ein und stellten bei allen zumindest die Personalien fest. Einen Kessel gab es dort entgegen anderslautenden Meldungen nicht. Die Landesstraße 256 zwischen Gusborn und Splietau sieht derweil schlimm aus: Castor-Gegner haben dort Barrikaden errichtet; und an einigen Stellen wurde die Fahrbahn sogar völlig unterhöhlt (Foto unten).

Am Polizeiwagen Reifen zerstochen

lr **Dannenberg.** Für eilige Fälle außerhalb der Castor-Einsätze stand gestern nachmittag ein Streifenwagen vor der Polizeidienststelle in Dannenberg bereit. Plötzlich, gegen 15 Uhr, schritt ein Mann auf den Wagen zu, zückte einen spitzen Gegenstand und zerstach zwei Reifen des Autos. Der Täter, der einen Rucksack trug, war von einem Zeugen beobachtet worden; doch konnte der Stecher unbehelligt davoneilen.

CASTOR-ALARM

Ein Aufruf und sein polizeiliches – ECHO –

Am Mittwoch (26.2.'97) brachten wir, daß JWP "MittenDrin" e.V., an unserem Haus in der Neuruppiner August-Bebel-Str.17 ein Transparent mit der Aufschrift "Castoralarm" an. (Siehe auch Foto)

Wie bereits im Ruppiner Anzeiger und in der Märkischen Allgemeinen Zeitung vom 28.Februar berichtet, wurde das Transparent zusammen mit einigen Plakaten am Donnerstag Abend von der Oranienburger Kripo im beisein von Neuruppiner Beamten beschlagnahmt.
Bereits am Donnerstag nachmittag wurde unser Haus von uniformierten Polizeibeamten fotografiert, die jedoch auf Nachfrage jegliche Auskunft dazu verweigerten. Zitat: "Keine Antwort, die Antwort wißt ihr selber."

Keine zwei Stunden später, gegen 18.30 Uhr waren die Kripobeamten Liebsch und Böhm mit Neuruppiner Unterstützung vor Ort, um das Transparent und ein Plakat zu beschlagnahmen. Ohne Durchsuchungsbefehl und ohne ordnungsmäßiges Protokoll wurden die Gegenstände eingezogen. Grund der Beschlagnahmung:"Gefahrenabwehr"!!! Die Maßnahme erfolgte trotz unserer Protetste und unseres Widerspruchs.
Willkürlich wurden von allen Anwesenden, auch von Cafégästen die eher zufällig vor Ort waren, die Personalien festgestellt. Auch gegen diese Maßnahme legten wir Protest ein.
Unserer Meinung nach entbehren alle Maßnahmen der Polizei rechtlicher Grundlagen. Sie verstoßen gegen Art.2 (Handlungsfreiheit, Freiheit der Person), Art.4 (Glaubens-, Wissens- und Bekenntnisfreiheit), Art.5 (Meinungsfreiheit) und Art.13 (Unverletzlichkeit der Wohnung) des Grundgesetztes.
Gegen diese ungerechtfertigten Sanktionen bzw. Handlungsweisen, werden wir uns rechtliche Schritte vorbehalten.

Wir fordern die Polizei auf!

- Herausgabe der beschlagnahmten Gegenstände
- Vorschriftsmäßige Protokolle von Beschlagnahmung und Einsatz

V.i.S.d.P. JwP „MittenDrin" e.V.

ALTE BAUERNREGEL:





Anschlag auf Bahnstrecke bei Oranienburg

ORANIENBURG (dpa). Unbekannte Täter haben am Mittwoch einen Anschlag auf eine Bahnstrecke bei Oranienburg verübt. Dabei wurde eine Oberleitung an der Regionalbahn-Strecke Stralsund-Cottbus durch ein Rundeisen beschädigt, teilte die Polizei in Oranienburg mit. Ein Bekennerschreiben wurde zunächst nicht gefunden. Die Strecke mußte zwischen 9 Uhr 45 Uhr und 14 Uhr 14 halbseitig gesperrt werden. In den vergangenen Monaten hatten militante Atomkraftgegener im Zusammenhang mit den Castor-Transporten wiederholt Anschläge auf Bahnlinien verübt.

weil wir nicht wie viele andere tagelang urlaub machen konnten, haben wir stattdessen in einem lauschigen waldchen bei oranienburg einen draufgemacht auf eine oberleitung der deutschen bahn

wir fordern den rückbau aller atomanlagen zu buchenwäldern und/oder feuchtbiotopen aber zack-zack

Bombendrohung gegen dreißig Schulen

Polizei: Nicht ernstzunehmende Trittbrettfahrer der Castor-Proteste

BERLIN (RM). Im Zusammenhang mit dem Castor-Transport hat sich am Dienstag eine Gruppe „LinksAutonome UmweltTerroristen (L.A.U.T.)" zu den Bombendrohungen bekannt, die am Montag in Berliner Schulen eingingen. Der Verfassungsschutz und die Polizei hatten umgehend über die ersten Ermittlungen das Landesschulamt informiert. Danach habe keine Gefahr für eine der Schulen bestanden, hieß es gestern in der Schulverwaltung. Nach Angaben der Polizei habe es sich um jugendliche Trittbrett-Fahrer der Castor-Proteste gehandelt, deren Drohungen nicht ernstzunehmen seien.

Nach einem Bekennerschreiben, das am Dienstag der Nachrichtenagentur ddpADN zuging, wurden die Bombendrohungen telefonisch in über 30 Schulen in mehr als zehn Bezirken abgegeben. An einzelnen Schulen seien Attrappen versteckt worden.
Der Polizei waren aber nur zwölf derartige Telefonate bekannt geworden. Es handle sich den Stimmen nach offensichtlich um jüngere Täter, sagte ein Polizeisprecher auf Anfrage. Bombenattrapen wurden bisher nicht gefunden. Nach dem Bekennerschreiben war das Ziel der Aktion, „den Castor-Transport so teuer wie nur möglich zu machen, indem auch Berliner Polizistinnen und Polizisten auf Trab gehalten werden".

Demonstranten stoppten Sixpack immer wieder

Das **Gorleben.** Drei Stunden und 32 Minuten benötigte gestern der Sixpack-Castor-Transport von der Verladestation bei Breese/Marsch bis ins Atommüll-Zwischenlager bei Gorleben. Wegen des massiven Einsatzes Tausender Polizisten war dies, von der reinen Fahrzeit her gesehen, der schnellste Transport auf der rund 20 km langen Strecke. Aufatmen bei der Polizeiführung, nachdem der Konvoi mit den sechs Atommüllbehältern ins „ZL" gerollt war. Denn die Einsatzleitung besaß Hinweise, daß sogenannte Autonome eine Massenschlägerei vor dem Zwischenlagergelände geplant hatten – quasi als letztes Mittel. Hier eine Chronologie des Transports.

Punkt 11.40 Uhr verließ der erste Castor-Tieflader das Tor an der stark bewachten **Umladestation.** 8 Minuten später fuhr der letzte der sechs Transporter aus dem Krangelände. Währenddessen mußte der erste Tieflader bereits stoppen, weil sich Demonstranen von Bäumen auf den Atommüllbehälter herablassen wollten. Zur selben Zeit schätzte die Polizei rund 150 Fahrzeuge vor einer Barrikade in Grippel.

Um 11.57 Uhr bekam der zweite Transporter Probleme, vom Breeser Weg in die B 191 einzubiegen. Der Grund laut Polizei: Wegen des Strohs, das dort auf der Fahrbahn lag, drehten die Räder der Zugmaschine durch. Kaum war der letzte Castor auf die B 191 eingebogen (12.10 Uhr), wurden zwei BGS-Einsatzzüge per Hubschrauber nach Cacherien geflogen, um „die Kräfte" dort zu verstärken.

Um 12.12 Uhr erreichte der erste Castor-Tieflader die Ortschaft **Seybruch.** Vom Hubschrauber aus wurde die Konvoispitze mit den Wasserwerfern angewiesen, nicht zu schnell zu fahren, um den Kontakt zu den Tiefladern nicht abreißen zu lassen. An den Hubschraubern waren Fernsehkameras angebracht, mit denen Bilder direkt in die Führungszentrale gesendet wurden.

Der Konvoi bewegte sich anfangs nur im Schrittempo weiter, um 12.20 Uhr war der letzte Tieflader am Ortsausgang Seybruch und kam nahezu ohne Behinderung bis zur Abzweigung der Kreisstraße 15 nach Quickborn (12.30 Uhr). Dort hatten Demonstranten mit Abstand zur Fahrbahn Stroh angezündet, so daß aber aus der Luft anfangs der Eindruck entstand, als müsse der Atommüll-Transport durch eine Feuerwand fahren. Mit Wasserwerfern wurden Demonstranten von der K 15 ferngehalten.

Molotowcocktails auf gepanzerte Wagen

Um 12.34 Uhr erreichte der erste Transporter **Quickborn.** Dort wurden die gepanzerten Sonderwagen mit Molotowcocktails beworfen. Acht Minuten später hatte der Konvoi Quickborn hinter sich gelassen und nahm mächtig Tempo auf. Um 12.46 Uhr passierte der letzte Wagen des Transports den Ortseingang **Cacherien.** In **Langendorf** wurde der Konvoi wiederum auseinandergezogen. Am Ortsausgang am Friedhof stoppten rund 100 Demonstranten die Zugmaschinen. Die Polizisten wurden von sogenannten Autonomen mit Steinen beworfen. Einigen Demonstranten gelang es, die Polizeikette zu durchbrechen und sich zwischen die Castor-Fahrzeuge zu stellen (12.58 Uhr).

Unterdessen liefen schätzungsweise 2 000 Demonstranten von der L 256 aus über Felder zur Transportstrecke (Kreisstraße 27) nahe Grippel. „Dort wird's brenzlig", meinte ein Polizeiführer und orderte Verstärkung. Sechs Puma-Hubschrauber des BGS sollten von Cacherien aus die angeforderte Unterstützung bringen. Doch die Einsatzleitung befahl: Die Hundertschaft muß zum Gorlebener Sportplatz geflogen werden.

Demonstrant sprang auf Castor-Behälter

In **Grippel** (13.19 Uhr) gelang einzelnen „Störern", den „Streckenschutz" aus Polizistinnen und Polizisten zu durchbrechen und den Konvoi anzuhalten. Dort springt ein Demonstrant auf einen der Castor-Behälter. Fast zur selben Zeit haben sich bei Gorleben Menschen über die Fahrbahn hinweg aneinander und an Bäume gekettet (13.35 Uhr). Unterdessen waren Tausende von Demonstranten von Dünsche, Gedelitz und Trebel aus durch die Wälder Richtung Zwischenlager unterwegs.

Bei **Laase** wurde der Transport am Deich wiederum auseinandergerissen. Mehrere hundert Demonstranten bewegten sich zwischen den Castor-Tiefladern. Hinter Laase hatte die Polizei nur „schwache Kräfte" eingesetzt, um die Transportstrecke zu sichern. Das nutzten mehrere hundert Demonstranten zu Sitzblockaden auf der Fahrbahn (13.58 Uhr). Bei **Pölitz** hatten Atomkraftgegner acht Blockaden errichtet. Es wurden Leitpfähle herausgerissen und Bäume abgeknickt und auf die Straße geworfen (14.05 Uhr). „Wir räumen weg und 100 Meter weiter setzen die sich wieder hin, weil hier kein Streckenschutz vorhanden ist", klagte ein Polizist. Zur selben Zeit befanden sich aber auf der Straße von Gorleben bis zum Zwischenlager bereits acht Hundertschaften.

Polizei stand sich selber im Weg

Der Konvoi kommt nur langsam voran: „Berliner Kräfte stehn uns im Weg!" schimpfte ein Polizeiführer. „Zu Fuß geht's eben nicht schneller", erhielt er zur Antwort. „Wir müssen den Transport beschleunigen, sonst kommen wir in Bedrängnis, die Beamten nochmals wechseln zu müssen", appellierte ein Polizeiführer an die Besatzungen der Wasserwerfer aus Berlin und vom BGS an der Spitze des Konvois.

Um 14.43 Uhr erreichte der Castor-Transport den Ortseingang in **Gorleben.** Dort kam es bis zur Abzweigung zum Zwischenlager wiederum zu einzelnen Sitzblockaden, weil auch innerorts kein Streckenschutz vorhanden war. „So viele Beamte, das begreif' ich einfach nicht", verzweifelte ein Polizist.

Um 14.55 Uhr bog der sechste Castor-Transporter auf die Kreisstraße 2 Richtung Zwischenlager ein. „Wir haben einige Horrormeldungen. Seht zu, daß ihr so schnell wie möglich ins Zwischenlager kommt", verwies ein Polizeiführer auf „erhebliches Störerpotential" in den Wäldern. Zur selben Zeit waren 3 000 Personen auf dem Mastenweg und 1500 Personen von Gedelitz aus zum Zwischenlager unterwegs. Um 15.09 Uhr rollt der erste der sechs Tieflader ins **Atommüll-Zwischenlager,** um 15.12 Uhr schließt sich das Tor hinter dem letzten.

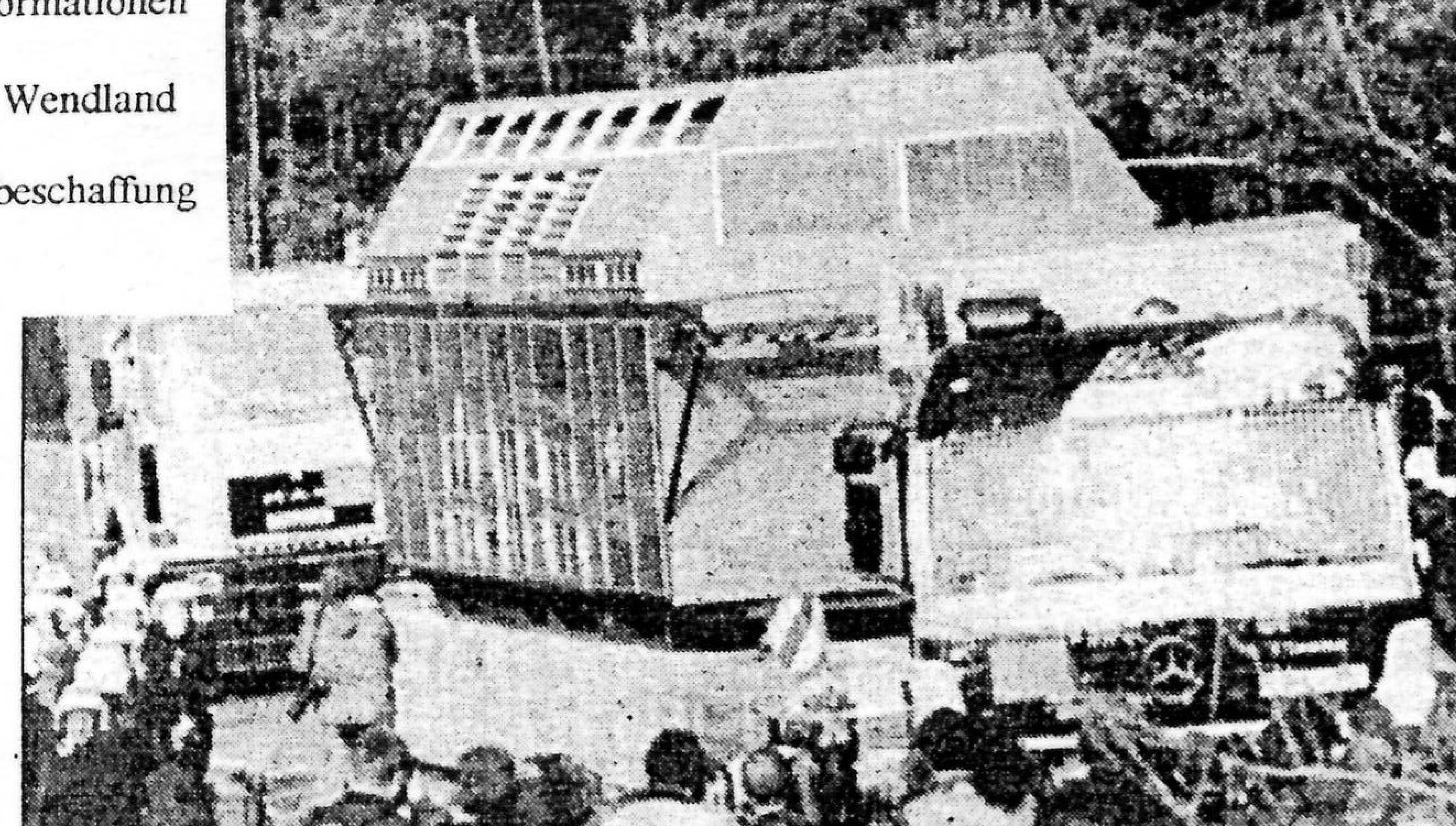
ZENTRUM DES CASTOR-PROTESTES war gestern Breese/Marsch. Dort demonstrierten viele tausend Menschen. Die Polizei räumte die Straßen und drängte die Blockierer auf die umliegenden Felder ab.
Aufn.: M. Bensemann

Ministerium für Informationen

der freien Republik Wendland

Informationswiederbeschaffung

Abteilung 27b-6





Die Tieflader mit den Castor-Behältern kamen auf den knapp 20 Kilometern zwischen der Verladestation und dem Zwischenlager nur im Schneckentempo voran. Foto: behns

Wir sind auch im Wendland per Mail erreichbar und für jede Art von Feedback offen. Verwendung nur mit Quellenangabe (http://www.nadir.org). Letzte Änderung am 5.3.97

Aktuelle Meldungen aus dem Landkreis Lüchow - Dannenberg

Dienstag, 4.3. 01:00 Uhr

01:00 Uhr Der Transportzug ist in Dannenberg am Verladekran eingetroffen, er soll im Laufe des Tages umgeladen werden.

08.45 Meldung: Die Nordroute (über Quickborn/ Langendorf) ist auf der Strecke von Abzweig B 191/ Quickborn bis Kacherien beinahe lückenlos durch Polizeifahrzeuge gesichert (alle 20 Meter ein Fahrzeug). Vermutung, daß die Polizei sich auf die Nordroute festlegen wird.

Bericht von Paramedics (Sanitäter aus Hamburg, die seit Freitag mit drei Rettungsfahrzeugen vor Ort sind): Quickborn : ein mittelschwer Verletzter mit Thorax-Prellung, ein Schwerverletzter mit Verdacht auf Halswirbelfraktur. Beide befinden sich im Krankenhaus. Neetzendorf: Eine Leichtverletzte durch Handabschnüren durch Plastikhandschellen der Polizei. Dahlenburg: Die beiden Angeketteten wurden auf Unterkühlung behandelt. (Dies ist nur eineGruppe von Sanitätern !)

Ermittlungsausschuß: Zusammenfassung vom Montag, 3.März: Insgesamt 82 Ingewahrsamnahmen. 43mal Vorwurf "Eingriff in den Schienenverkehr, d.h. Sitz- oder Stehblockaden, Ankett- und Einbetonieraktionen. Vereinzelt Schotterwühlen und Holzbarrikaden. Neunmal(nach PKW- Durchsuchung) wegen Besitz von Seilen, Silvesterknallern und Leuchtspurmunition. Siebenmal wegen Vorwurf Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. 23mal konnte die Polizei keine Gründe für die Festnahme angeben bzw. wurde der Vorwurf fallengelassen. Insgesamt: Massive Medienbehinderung, unverhältnismäßige Einsätze hauptsächlich durch Magdeburger Einheiten. Behinderung der Anwälte in Neu Tramm.

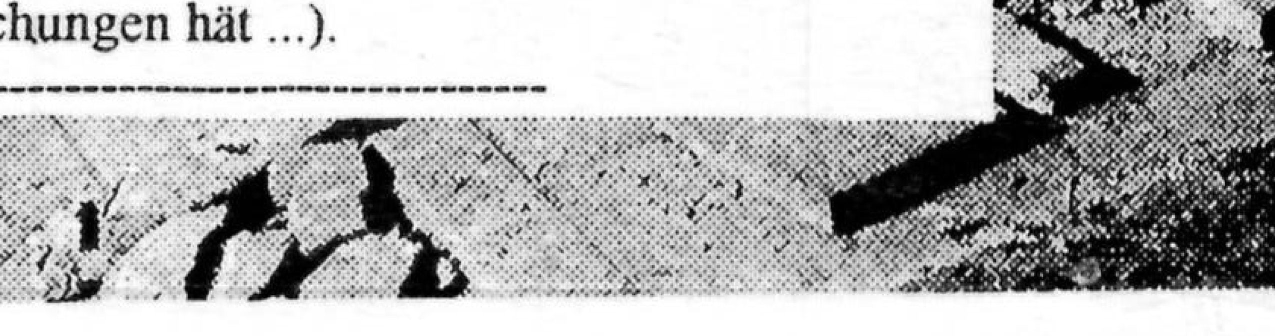
11.30 90 Polizeifahrzeuge und ein Wasserwerfer fahren los Richtung Quickborn, einige Minuten später eine weitere Hundertschaft und zwei Wasserwerfer

---

12.05 Messung der Gammastrahlung der Behälter aus 21 Meter Entfernung übertrifft alle Grenzwerte (Robin Wood, Radiomeldung)

13.00 In Bremen versuchen Schülerinnen und Schüler, das Rathaus zu stürmen, was leider aber eher hoffnungslos aussieht..(Radiomeldung)

13.00 Im Wald in Langendorf sind ca. 200-300 Leute von Bullen eingekesselt. Insgesamt sind wohl ca. 800 DemonstrantInnen in der Gegend unterwegs. Da sich der Kessel ausserhalb der 50-Meter-Grenze (Demoverbots-Grenze) befand, war er illegal.



WEICHT CASTOR AUF NEBENSTRECKE AUS ? Auf der Straße zwischen Zadrau und Gusborn wird das Lichtprofil verbreitet, d.h. Äaste ausgeschnitten usw.
14.20 mind. acht BGS-Hubschrauber überfliegen Quickborn in Richtung Langendorf.

Meldung aus Hanau. Heute Morgen fand dort eine Kundgebung von 400 SchülerInnen statt.

15.20 Pölitz, Zweihundert TeilnehmerInnen einer Straßenblockade werden von der Polizei unter Knüppeleinsatz geräumt.

---

ca. 15.30 Nach Verhandlungen mit der Polizei beschließt diese, die Eingekesselten einzeln herauszunehmen, und eine erkennungsdienstliche Behandlung an ihnen vorzunehmen (Personalien, Videoaufnahmen). Danach bekommen sie einen Platzverweis und müssen gehen. Das soll auch für die DemonstrantInnen gelten, die keine gültigen Personalien vorweisen kön- nen (wenn die Polizei sich an die Abmachungen hät ...).

17.25 Bericht des Ermittlungsausschusses: 100 Ingewahrsamnahmen insgesamt, davon 50 aus dem Quickborner Kessel. Insgesamt 150 ED-Behandlungen. Bei der friedlichen Sitzblockade in Pölitz wurden 28 Leute gefesselt und 45 Minuten auf der Straße sitzen gelassen. Dann vermutlich in die Kaserne im Zwischenlager "verbracht". Platzverweise wurden 27 mal ausgesprochen, davon einer für einen Krankenwagen mit Arzt.

17.30 In Hamburg demonstrieren ca. 500 Menschen gegen den Castor-Transport. Viele fahren danach noch ins Wendland.

23.15Quickborn.Ca. 300 Leute versuchen auf die Transportstrecke zu gelangen,was jedoch nicht gelingt.Es gibt keine Festnahmen.Gleichzeitig

versucht eine Kolonne Trecker, ebenfalls auf die Transportstrecke zu gelangen, was jedoch auch nicht gelingt.

Mittwoch, 5.3. 03:00 Uhr

02.00 Dannenberg.

Räumung am Verladekran im Gange.
Jetzt, um 2.30 haben sie erst 40 Meter geräumt. Sie tragen die DemonstrantInnen allerdings nur weg, und setzen noch keine Wasserwärfer oder Schlagstöcker ein.

Nordroute untergraben

Wie erst gestern abend bekannt wurde, ist die Nordroute in einer konspirativen Aktion an einer weiteren Stelle (in der Nähe von Langendorf) untergraben worden, und zwar gestern während des Tages...

04.00 Wald zwischen Quickborn und Dannenberg(Seybruch)

An der Straße durch den Wald(Nordroute) gibt es Auseinandersetzung zwischen DemonstrantInnen und der Polizei. Einige Polizeihubschrauber kreisen über dem Geschehen und machen Lautsprecherdurchsagen, diese sind aber nicht verständlich (akustisch). Die Polizei wird mit Leuchtspurmunition (Pyros) beschoßen. Viele Kleingruppen führen Aktionen durch.
Ansonsten ist der Großteil der Polizeikräfte anscheinend von der Nordroute abgezogen.

04.00 Verladekran

Nach zwei Stunden hat die Polizei lediglich ein Drittel der X-tausendmal-quer Blockade auf der Strecke vor dem Verladekran geräumt. Die DemonstrantInnen bleiben jedoch nicht dort stehen, wohin sie von den PolizistInnen getragen wurden, sondern setzen sich am Ende der Blockade wieder hin.

7.30 Verladekran/Dannenberg

Die Polizei richtet die Wasserwerferstrahlen jetzt auch mit höherem Druck direkt auf die friedlichen Blockierer. Zu diesem Zeitpunkt hat die Polizei be- reits 150 m zurückgelegt. Hält sie dieses Tempo bei, dann wird sie für die gesamte Strecke von Dannenberg bis nach Gorleben (20 km) 33 Tage brauchen. Viel Spaß dabei!

9.20 Quickborn
Massive Wasserwerfereinsäze und Polizeieinsätze gegen DemonstrantInnen. Auf den Feldern südlich der angepeilten Castor-Route brennen Autoreifen und Strohballen auf den Feldern. (s. auch Photos)

---

ca. 10.00 Verladekran

Die gesamte friedliche Sitzblockade ist nun aus dem Weg geräumt worden, u. a. durch Schlagstock- und Wasserwerfereinsatz. Insgesamt über 100 Verletzte lt. Sanitätern. Hunderte von Leuten strömen von Dannenberg aus in Richtung der Castor-Transportfahrtrichtung.

10.50 bei Langendorf

Bei Langendorf hat die Polizei 60-70 Leute eingekesselt, die Fahrbahn geschafft hatten.

. seit gestern die Kreisstraße bei Quickborn. Polizei ist dort ganz massiv p... ...se vermummten Autonomen, bedrängt. ... **...ird imme...** ... Feuerrie...

ca. 11.00 zwischen Quickborn und Gusborn

Auf der Kreisstraße 29 zwischen Quickborn und Gusborn (die inzwischen für Fahrzeuge unpassierbar ist) ziehen ca. 1000 Leute Richtung Norden.

11.45 Verladekran/Dannenberg

Soeben haben die Tieflader mit den Castorbehaeltern den Verladebahnhof verlassen.

12.00Auf der B 191 hatten Personen ein Seil in mehreren Metern Höhe über die Fahrbahn gespannt und Personen hatten sich in "Bergsteigermanier" ... festgemacht.

15.11 Der Transport ist angekommen :-(Der Kampf geht weiter...

U-BAHN-BAU IM DORF SPLIETAU

Berliner Verhältnisse sind in das wendländische Dorf Splietau bei Dannenberg seit Sonntag Abend eingekehrt: Oben ruht der Verkehr, unten herrscht emsige Betriebsamkeit wie beim U-Bahn-Bau am Potsdamer Platz. Oben, das heißt auf der Dorfstraße, stehen etwa 80 Trecker, ineinanderverkeilt, so dicht an den Zäunen der dörflichen Vorgärten, daß auch für einzelne Menschen kein Vorbeikommen möglich ist. Stau. Darunter, eine Ebene tiefer, wird wie in der Hauptstadt gebuddelt, werden in Akkordarbeit, bei Scheinwerferlicht, Schubkarren für Schubkarren Sand aus dem Tunnelsystem unter der Straße herausgeschippt. Hunderte von Händen greifen zu den Schaufeln, schieben die Karren, wer nicht mehr kann, macht Pause, andere springen ein. Es herrscht Volksfeststimmung in dem Dorf, die Kneipe macht einen Rekordumsatz, Garagen stehen für diejenigen offen, die sich aufwärmen möchten, Getränke und Brote werden für die Bautrupps auf Tischen und Bänken bereitgehalten. Das ganze Landvolk, die zugereisten Städter, Autonome und Müslis, alle bewundern den Fortschritt der gemeinsamen Bauarbeiten.

Über allem kreist unermüdlich der Hubschrauber der Polizei, leuchtet ab und an mit seinem Scheinwerfer. Leider ist den Herren dort oben die Aussicht auf die Baustelle nicht vergönnt, riesige Planen schützen die Nachtschicht vor allzu neugierigen Blicken. "Die Autonomen arbeiten wie verrückt, buddeln die Straße in Splietau auf", tönt es im Polizeifunk. "Die Autonomen?", so die Nachfrage aus der Zentrale, "die können doch gar nicht richtig arbeiten". "Doch, doch, und auch die Bäuerliche Notgemeinschaft macht da mit!" "Ach so, die Notgemeinschaft. Ja, zupacken können die schon richtig". Mehr als diesen Kommentar gibt die Polizei nicht von sich, kann oder will nicht eingreifen, so lange es dunkel ist.
Mehrere Stunden wird gerackert - bis Mitternacht, dann wird die Nachtruhe eingeläutet, die Bauarbeiter ziehen sich in ihre Camps zurück, vereinzelt werden Sight-Seeing-Touren in den unterirdischen Gängen arrangiert. Der Hubschrauber ist abgezogen, müde Gestalten wärmen sich am Lagerfeuer auf der Dorfstraße, ein Kamerateam von Pro 7 darf seine Scheinwerfer aufblenden und filmen.
Das Werk ist getan - vorläufig. So ganz einfach wird man durch Splietau nicht mehr durchkommen. "Ein Räumung in der Nacht ist von der Polizei nicht vorgesehen", melden die Nachrichten.

CASTOR-NIX-DA!!!

aus :http://www.oneworldweb.de/castor/nix3/nix3live.html



Kernkraftgegner schützen sich mit Plastikplanen gegen den harten Strahl des Wasserwerfers. Viele Demonstranten ließen sich auch so nicht vertreiben, sie mußten von der Polizei von der Straße getragen werden.

Nachtrag zum 1.Mai-Papier in der letzten INTERIM

Die Antifaschistische Aktion Berlin faßte letzte Woche den Stand der Vorbereitungen zum diesjährigen 1.Mai zusammen. Dabei wurden auch die Diskussionen bei der ersten Demo-VV am 2.Februar im Mehringhof kurz geschildert. Diese Darstellung ist unvollständig. Um den dadurch entstandenen falschen Eindruck zu korrigieren, ergänzen wir den AAB-Text um die fehlenden Sachverhalte.
Beim Treffen im Mehringhof waren neben den VertreterInnen der RL- und O-Platz-Vorbereitungen des letzten Jahres, auch VertreterInnen von Gruppen aus Prenzlauer Berg anwesend. Die Prenzlauer Berger Gruppen erklärten, daß sie eine revolutionäre 1.Mai- Demo, die durch Prenzlauer Berg führt, wie im letzten Jahr, nicht bereit sind, zu akzeptieren.
Aus folgenden Gründen lehnen wir nicht nur die Teilnahme an der Vorbereitung, sondern die Demo als solches in ihrer jetzigen Form ab:

- *Keine klare Abgrenzung von Stalinisten.* Es verstärkt sich immer mehr der Eindruck, daß wir es der Verbohrtheit der RIM und nicht einem antistalinistischen Grundkonsens der RL-Platz-Vorbereitung zu verdanken haben, daß es keine gemeinsame Demo mit Stalinisten durch Prenzlauer Berg gibt. Es kann für uns keine, wie auch immer geartete, Zusammenarbeit mit Sektierern geben. Deshalb wollen hier wir auch keine Demo, die sich solidarisch auf dogmatische Gruppen wie die RKs ,RAI usw. bezieht. Gerade hier im Osten gibt es niemanden, der mit Stalin- oder Maoporträts etwas Revolutionäres assoziiert. In den Jahren bürokratischer Herrschaft war es eine der im Kampf gewonnenen Erfahrungen vieler Arbeiter und Revolutionäre in den Ländern Osteuropas, sozialistische Perspektiven nur gegen und nicht mit Stalinisten durchzusetzen. Diese sozial wie auch politisch gerechtfertigten Überzeugungen heute vom Westen aus als Antikommunismus zu denunzieren, ist konterrevolutionäre Geschichtsklitterung. Der Unterschied zwischen Befreiung und Gewaltherrschaft ist mehr als nur eine "inhaltliche Differenz".
- *Fehlender Bezug auf den Stadtbezirk.* Eine Demo, die sich "Kiez-Demo" nennt und dabei die Situation vor Ort im Aufruf nicht einmal erwähnt, ist eine Farce. Es wird nicht einmal der Versuch unternommen, die Leute im Bezirk anzuprechen oder einzubeziehen. So wird die Kiezbevölkerung völlig links liegen gelassen und es scheint eigentlich auch egal zu sein, ob die Demo in Prenzlauer Berg, Friedrichshain oder Göttingen stattfindet. Für uns ist der Stadtteil jedoch Ort politischer Auseinandersetzung und nicht Kulisse für revolutionäre Selbstdarstellungen.
- *Besatzermentalität der Demovorbereitung.* Von der Idee "1.Mai-Demo 1997 durch Prenzlauer Berg" erfuhren wir wieder einmal erst durch die INTERIM. Auch im letzten Jahr wurde die deutliche Ablehnung der Demo durch Prenzlauer Berger Gruppen, obwohl im Vorfeld mehrmals deutlich geäußert, von der Demovorbereitung ignoriert. Es gab keinen einzigen Ansatz, die Kritik der hier arbeitenden politischen Gruppen zu berücksichtigen. Es macht uns wütend, daß die Annektion unseres Stadtteils nun auch von Linksradikalen vollendet wird. Bisher kannten wir dieses Vorgehen vor allem bei den Yuppie-Invasionen am Kollwitzplatz, die sich ebenfalls ohne Rücksicht auf den Stadtteil und die hiesige Bevölkerung Prenzlauer Berg als Spielwiese auserkoren haben.

Unsere Kritik haben wir der Demovorbereitung im Mehringhof mitgeteilt. Um eine erneute Schlammschlacht zu vermeiden, schlugen wir vor, das Demokonzept den Gruppen in Prenzlauer Berg auf einer öffentlichen Veranstaltung vorzustellen, auf der dann entschieden wird, ob und wie die Demo hier stattfinden soll. Dieser Vorschlag wurde auch von anderen VertreterInnen unterstützt. Leider wurde er von der Demovorbereitung und der Mehrheit der VV nicht akzeptiert, stattdessen wurden wir dazu aufgefordert, mit einer Propagandaveranstaltung die Akzeptanz für die Demo im Stadtbezirk zu erhöhen. Nach zäher Diskussion wurde sich aber darauf geeinigt, eine Veranstaltung zu organisieren, auf der Demovorbereitung und Prenzlauer Berger Gruppen das Demokonzept diskutieren.
Wir wundern uns nun sehr darüber, daß unsere Kritik an der Demo und die erfolgte Absprache mit keinem Wort im AAB- Papier auftauchen. Die Veranstaltung mit den Gruppen in Prenzlauer Berg begreifen wir nicht als interne Absprache, sondern als Teil einer Diskussion darüber, wie eine revolutionäre 1.Mai-Demo aussehen soll. Das diese Diskussion bitter nötig ist, zeigt die Debatte nur allzu deutlich.
Es mutet deshalb schizophren an, wenn die AAB einerseits Schlammschlachten vermeiden will, andererseits jedoch Kritik an der Demo verschweigt und somit Diskussionen darum verhindert.

In diesem Sinne rufen wir alle dazu auf, sich an der Diskussion um den 1.Mai zu beteiligen!

Gruppen aus Prenzlauer Berg, die an der Demo-VV teilnahmen

Die A 20

Projektmanagement in einer Hand – DEGES

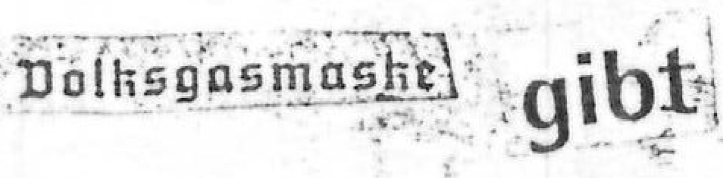
Seit Juli 95 steht ein Hüttendorf in Mecklenburg-Vorpommern in Breechen bei Jarmen um auf ein weiteres Verkehrsgroßprojekt, nämlich die Ostseeautobahn A2o, aufmerksam zu machen. Die A2o führt von Lübeck nach sczecin, wobei über 3o Naturschutzgebiete Mecklenburg- Vorpommerns unter einer Asphaltdecke verschwinden sollen. Wir, die 2o BewohnerInnen des Hüttendorfes, blockieren dabei den Bauabschnitt der Peenequerung, welche das hochempfindliche Flußtalmoor der Peene durchschneidet.



Das Peenetal, eine der unberührtesten und naturnahsten Landschaften Europas, welches auch unter EU- Naturschutz steht, beherbergt seltene, vom Aussterben bedrohte und wiederentdeckte Tier- und Pflanzenarten (die alleinige Vielfalt von Greifvogelarten besteht hier aus Roter Milan Schwarzer MIlan, Kornweihe, Rohrweihe, Fischadler, Wespenbussard, Mäusebussard u.v.m.). Die DEGES (Deutsche Einheitsgesellschaft Fernstrassenplanungs-und -bau GmbH), etliche Möchtegern- Verantwortliche auf Landes- und Bundesebene, Profithaie aus Konzernchefetagen und ministeriale Technokraten maßen sich an, eine inzwischen derart selten anzutreffende ökologische Vielfalt mittels natur- und menschenverachtender Propaganda unter einem Betondeckel zu begraben.

Um Dir eine genaue Vorstellung des Ausmaßes an Flächenversiegelung zu verschaffen, sei hier genannt, daß für die A2o 925 Hektar Land asphaltiert und ca. 74ooo Hektar Land durch Tröge, Wälle und Entwässerungsanlagen verplant werden. Um dem/der BürgerIn diese Verwertung von Lebensräumen schmackhaft zu machen, wird sich der deutschen " Ich will auch ein Stück vom Kuchen "-Mentalität bedient, und mehrere Argumentationsmuster benutzt, die mit unterschwelligen leeren Versprechungen kaschiert werden. Dabei tauchen folgende Schlagwörter auf: " Aufschwung Ost", Arbeitsplatzbeschaffung und um das sowieso schon minimal verankerte ökologische Bewußtsein zu beruhigen, der Mythos von der " ökologischsten Trassenvariante".

Ihr vielzitierter Aufschwung Ost ist als Aufschwung des Profits, der Verwendung menschlicher Arbeitskraft und der Reduzierung der Natur als Ressource zu entlarven. Westkonzerne wittern gewinnbringende Einnahmen durch begünstigende " Faktoren", wie geringe Bodenpreise, ideal zu Firmenniederlassung und Billigstlohnmärkte, die Herstellungskosten werden minimiert und der Gewinn maximiert. Mensch bildet hierbei nur noch die Drehscheibe der Produktion. Die A2o stellt hierbei die wichtige Infrastruktur zur Erschließung dieser Ostmärkte her, um z.B. sinnigerweise ein in Deutschland produziertes beliebiges Produkt nach Szeczin zu verfrachten, diese dort in Plastikhüllen einschweissen zu lassen, um sie schließlich nach Deutschland zurückzukarren und dort auf den Markt zu bringen. Für diese höchst durchdachte kapitalistische Produktion steigen die Schadstoffemmissionen

Die A 20 und  gibt den Menschen eine Perspektive



durch Autoabgase bis ins Unendliche. Dieses Transport- Handel- Verwertungs- und Herstellungssystem begünstigt außerdem die Logistik der Produktion von Stadt zu Stadt. Um bei obigem Beispiel zu bleiben (Lü.   , stellt beispielsweise eine Firma in Lübeck Lebensmittel her, eine in Polen die Verpackungen. Das Produkt wird dann in alle Bundesländer der BRD verteilt. Diese Entwicklung verdrängt kleinere Firmen der Provinz, zwingt sie allzuoft zur Schliessung und fördert somit Arbeitslosigkeit und Konkurs. Ihr Aufschwung Ost ist der Aufschwung des Westbonzen und der Niedergang des Kleinunternehmers (den ich jedoch hiermit nicht als toll darstellen will).

Um ein noch genaueres Bild dieses Aufschwungs zu zeichnen, will Siemens die Ostlandschaft etwas ausstrahlen lassen und zwar mit ihrer Sicherheitstechnologie für AKW's sowjetischen Modells. Diese AKW's (ca.2o) erhalten kleine chirurgische Eingriffe mit westtechnologie, der riskante Typ des AKW- Modells an sich bleibt jedoch bestehen.

Dieser kosmetische Eingriff ist ungefähr gleichbedeutend mit einer Schönheitsoperation an Kohl's linkem Knie. Mercedeath-Bonz will ebenso eine Rolle bei der Erschliessung der Ostmärkte spielen, und zur Rüstungskonzern Nummer 1 Europas aufsteigen. Für all diese Konzerne, die sich Profite durch Ausbeutung der Region und auf Kosten der dort ansiedelnden Menschen erstehlen wollen, ist die A2o eine weitere Ader der Marktwirtschaft und ein Niedergang der Regionalentwicklung. Sie setzt zentralistische Macht fest und untergräbt kommunale Autonomie durch diese starke Stadtabhängigkeit.

Nun zur angepriesenen Verlockung des Arbeitsplatzes.DER Autobahn bau an sich wird der Bevölkerung keine Arbeitsplätze bringen.
Meist Westfirmen sind hieran beteiligt,deren Knechtscharen ebenfalls mitgebracht werden.Dies zeigt z.B.der Bau der Brücken bei Wismar,die inzwischen fertiggestellt sind.Die oft von Firmen aufgestellte Kondition,sie werden sich nur hier niederlassen, wenn ihnen der Autobahnanschluß,garantiert werde,wird ebensowenig Arbeitsplätze schaffen.Denn hier handelt es sich um hochtechnisierte Niederlassungen,deren Maschinen als feste Arbeitnehmer,fungieren.
Es lassen sich höchstens eine Hand voll FließbandarbeiterInnen pro Werk einstellen und das ist nach Logik eines Unternehmers auch gut so,denn nur nach diesem Prinzip läßt sich eine Profitspanne, par excellence,ausweiten.Außerdem bleibt der Arbeitsmarkt auf diesen Teilbereich beschränckt,Fachkräfte werden hier keinesfalls benötigt.
Es werden vielmehr Arbeitsplätze im Fachbereich durch die Erstellung der Autobahn zerstört,da deren Umgebung von höchstmodernisierten Niederlassungen im arbeitszerstörenden Zeitalter des FORDschritts geziert werden sollen.Die A20 liefert keine Arbeitsplätze!!!

Die Umwelt steht an erster Stelle

DEGES
Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH

Sie ist ein Interessensprodukt,stehend für Gewinn der Konzerne, durch schnellstmöglichen Transport,was in der Gegenwart des just in time-Produktionsprinzips,sehr wichtig ist.Auch ist sie ein besonderes Geschenck für die Ölmultis,da ein rapider Anstieg des p Pendelberufverkehrs,zu erwarten ist(z.B. durch in Städte angestellte Facharbeiter),was z.B sHELL weiterhin die Aussicht stellt,daß in Nigeria vergossenes Ogoniblut die Tanks der deutschen Blechmonster füllt.
Das Auto wird somit zum unabdingbarem Gegenstand der Mobilität erhoben.CO 2 Emissionsraten schnellen in die Höhe und das alles wird auf dem Rückgrat unserer Ökosysteme ausgetragen.

MOBIL IN DEN ÖKO'KOLLAPS!Mit freundlicher Unterstützung der DEGES!

Ach,ja,die ökologischste Trassenvariante.Dieses Konstrukt zeugt von so einer achtungslosen Haltung gegenüber allem nicht-menschlichem,daß einem nur schlecht werden kann.
Dieses Gerede ist eine Farce insofern diese "ökologischste Trasse" 30 Naturschutzgebiete kreuzt,die Flußtalmoore von Wakenitz,trebel und Peene zerstören wird unddie Betonköpfe sogar die EU'Naturschutzcharta mißachten,indem sie den unter europäischem Naturschutz stehenden Tier-und Pflanzenarten,ihre Lebensräume ,rauben.
Der Begriff "ökologischste Trassenvariante"ist naturverachtend und absurd.

FÜR EINE HERRSCHAFTSFREIE ÖKOLOGISCHE GESELLSCHAFT!



Kontakt:
Hüttendorf
gegen die A20
Peerestr.
17506 Breechen

Anhörung im Fall Abu-Jamal verweigert

Dem Journalisten droht erneut die Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls

Der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania hat am vergangenen Donnerstag den Antrag des afro-amerikanischen Journalisten und Todesstrafengefangenen Mumia Abu-Jamal auf eine mündliche Anhörung in seinem Berufungsverfahren abgelehnt.

Abu-Jamals Anwälte hatten beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania eine mündliche Anhörung über die Verfahrensfehler in Abu-Jamals Prozeß und die veränderte Beweislage nach den Aussagen neuer EntlastungszeugInnen gefordert. »Wir haben dem Obersten Gerichtshof auf insgesamt 500 Seiten die neuen Beweise für Mumias Unschuld dargestellt und gleichzeitig versucht, die Lügen der Staatsanwaltschaft richtigzustellen«, so Rechtsanwalt Len Weinglass. »Das Gericht hat uns selbst die Möglichkeit einer Richtigstellung verweigert. Die Ablehnung des Gerichts kann nur als wegweisend für ihre Entscheidung über Mumias Berufungsantrag gesehen werden.«

Jetzt wird der Oberste Gerichtshof nach Aktenlage über Abu-Jamals Berufungsantrag bezüglich eines Wiederaufnahmeverfahrens entscheiden. Darüber hinaus haben die sieben Richter des Obersten Gerichtshofs durch eine weitere Entscheidung schon jetzt deutlich gemacht, daß sie der Aussage der Entlastungszeugin Veronica Jones wenig Glauben schenken. Veronica Jones hatte in Oktober 1996 ausgesagt, daß nicht Abu-Jamal, sondern zwei unbekannte Männer die tödlichen Schüsse auf den Polizeibeamten Daniel Faulkner abgegeben hatten. Beobachter gehen davon aus, daß in nächster Zeit mit einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Pennsylvania über Abu-Jamals Berufungsantrag gerechnet werden muß. Für den Fall einer Ablehnung des Antrags hat Pennsylvanias Gouverneur Thomas Ridge schon vor Monaten die Unterzeichnung eines neuen Hinrichtungsbefehls für Abu-Jamal angedroht.

Unterstützergruppen in Frankreich riefen für den gestrigen Freitag zu Solidaritätsdemonstrationen vor der US-Botschaft in Paris und dem US-Konsulat in Marseille auf. Auch in Italien, wo sich Pennsylvanias Gouverneur Ridge seit Anfang der Woche auf Tourismus-Werbetour für den US-Bundesstaat Pennsylvania befindet, waren Protestaktionen geplant.

FREE MUMIA ABU-JAMAL

Soli - CD mit:
Die Toten Hosen, Wahre Schule, Swoons, Einstürzende Neubauten, Das Zuckende Vakuum, Die Goldenen Zitronen, Scattergun, Cycocrime, Tod & Mordschlag, APC, Guts Pie Earshot, H.A.F. Whirled Cage, Blumfeld, P.N.E.T.95, Graue Zellen, House of Suffering, Rantanplan, Slam..., Das Imperiu...

Ab Ende März zu beziehen bei:
Free Mumia Abu-Jamal Sampler, Weisestr. 53, 12049 Berlin
gegen Vorkasse von 24,-DM (inkl. Porto)
In Berlin erhältlich bei:
Coretex, Schall & Rauch, Orange Age, Schwarze Risse, O21, X-B-Liebig, EX, Syndikat, KOB, SEK, Franken

Aktionen zur BAYER-HV 1997

Unsere Aktionen zur diesjährigen BAYER-HV am 30. April 1997 stehen unter dem Motto

"Widerstand gegen globale Konzerne".

Geplant sind bisher:

Sammlung von Stimmrechten,
Gegenanträge,
eine Demonstration, eine Pressekonferenz,
die Erstellung von Hintergrundmaterial,
die Verteilung von Flugblättern für AktionärInnen und Belegschaft,
die Einladung Betroffener u.a. aus Lateinamerika,
zahlreiche Reden auf der Hauptversammlung selbst,
ein "Alternativer BAYER-Geschäftsbericht 1997".

Kritischen BAYER-AktionärInnen
Coordination gegen BAYER-Gefahren
PF 15 04 18 · 40081 Düsseldorf

Fon 02 11-33 39 11
Fax 02 11-33 39 40



Infos zu Mumia Abu-Jamal Berlin 3.3.97

Mumia Abu-Jamal ist ein afro-amerikanischer Journalist und ehemaliger Black Panther aus Philadelphia. Aufgrund seiner engagierten Radioberichterstattung, vor allem über die Situation von Afro-AmerikanerInnen und über rassistische Polizeibrutalität wurde er über die Grenzen von Philadelphia hinaus als "Voice of the Voiceless", die "Stimme der Unterdrückten", bekannt. Gleichzeitig machten ihn seine Geschichte als Black Panther, seine Unterstützung für die radikale MOVE-Organisation und seine kritische Berichterstattung zum Ziel staatlicher Repression.

1982 wurde er dann wegen angeblichen Polizistenmordes von einer mehrheitlich weißen Geschworenenjury in einem vierwöchigen Schauprozeß zum Tode verurteilt. Die Umstände des Prozesses - Einschüchterung von EntlastungszeugInnen sowie Fälschung und Unterschlagung von Beweismitteln durch die Staatsanwaltschaft - haben dazu geführt, daß selbst Amnesty International in einem Brief an den Gouverneur von Pennsylvania ein neues Verfahren für Mumia Abu-Jamal gefordert hat. Statt dessen unterzeichnete Pennsylvanias Gouverneur Thomas Ridge, ein Republikaner und Todesstrafenfanatiker, im Juni 1995 den Hinrichtungsbefehl für Mumia Abu-Jamal und legte das Hinrichtungsdatum auf den 17. August 1995 fest.

International und auch in den USA entwickelte sich eine breite Protestbewegung gegen die bevorstehende Hinrichtung von Mumia. - Am 10. August sah sich Richter Albert Sabo, derjenige Richter, der den Vorsitz in Mumias Prozeß 1982 geführt hatte, gezwungen, Mumias Hinrichtungsbefehl auszusetzen. Anfang 1995 entschied Richter Sabo allerdings nach einer mehrwöchigen Anhörung, daß Mumia kein Recht auf eine Wiederaufnahme seines Verfahrens habe. Im Februar 1996 legte Mumias Anwaltsteam gegen diese Entscheidung vor dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania Berufung ein. Im Mai 1996 gelang es dem Anwaltsteam dann, eine der wichtigsten ZeugInnen in dem Prozeß gegen Mumia im Jahr 1982 zu finden. Bei der Zeugin handelt es sich um die ehemalige Prostituierte Veronica Jones. In einer richterliche Anhörung vor Richter Sabo sagte sie dann im Oktober 1996 aus, wie sie von den Polizeibeamten durch die Androhung einer langjährigen Haftstrafe zu belastenden Aussagen gegen Mumia Abu-Jamal gezwungen wurde. In der Anhörung berichtete sie auch, daß sie nach den Schüssen auf den Polizeibeamten in jener Nacht im Dezember 1981 zwei Männer habe wegrennen sehen. Mumia Abu-Jamal war zu diesem Zeitpunkt schon von dem Polizeibeamten angeschossen und schwer verletzt worden. Richter Sabo entschied dann, daß diese Aussage von Veronica Jones nicht in die Protokolle zum Wiederaufnahmeverfahrensantrag aufgenommen werden darf. Noch ist unklar, ob sich der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania dieser Meinung anschließen wird. Es ist davon auszugehen, daß diese Entscheidung negativ ausfallen wird, denn "eine Entscheidung für Mumia wäre eine Entscheidung gegen die Polizei. Das kann sich das Gericht nicht leisten", so Mumias Rechtsanwalt Len Weinglass. Für den Fall einer negativen Entscheidung hat Pennsylvanias Gouverneur Tom Ridge schon jetzt die Unterzeichnung eines neuen Hinrichtungsbefehls angekündigt.

Gouverneur Ridge und die rechtsgerichtete Polizeigewerkschaft Fraternal Order of Police (FOP) sind fest entschlossen, Mumia hinzurichten. Mumia selber kämpft nach wie vor um sein Leben. Seine journalistische Arbeit aus dem Todestrakt im Hochsicherheitsgefängnis SCI Greene ist für ihn in diesem Kampf ein Mittel. Er selbst hat dazu in einem Interview 1992 einmal gesagt: "Ich glaube, daß Journalismus ein MIttel ist, um das Bewußtsein von Menschen zu verändern und ihnen Erkenntnisse zu vermitteln, sowie ihnen die Bestätigung dafür zu geben, daß ihr Leben einen Wert und einen Sinn hat. Wenn die Medien und die Propaganda dazu benutzt werden, um die positive Seite von Menschen wiederzugeben, die sich gegen ihre Unterdrückung wehren und deutlich machen, daß jedes Menschenleben unabhängig von der ökonomischen Stellung eines Menschen einen Wert hat, dann ist das an sich revolutionär".

Normalerweise kosten Wiederaufnahmeverfahren in Todesstrafensachen ca. 1 bis 3 Millionen Dollar. Mit dem Geld werden vor allem teure Gerichtsgebühren, Privatermittler und Gutachter bezahlt. Diese Geld haben aber weder Mumia noch seine Angehörigen. Sein Anwalt Len Weinglass sagt über die Notwendigkeit von internationaler Solidarität auch auf dieser Ebene: "Für Mumia Abu-Jamal bedeutet finanzielle Unterstützung den Unterschied zwischen Leben und Tod".

in grevesmühlen fanden am 4. märz 97 infolge der verbotenen demonstration „die täter/innen sind überall... auf nach grevesmühlen" am 31.8. letzten jahres zwei prozesse wegen gerüngfügiger delikte statt, die beide mit einem freispruch endeten.

die folgende erklärung hat eine der angeklagten vor gericht abgegeben.

Grevesmühlener Prozeßerklärung

Was einige wenige zu Beginn der 60er noch vorsichtig und vage formulierten, ist zur bitteren Gewißheit geworden:

Der Gestus, es solle alles vergeben und vergessen sein, der demjenigen anstünde, dem Unrecht widerfuhr, wird von den Parteigängern derer praktiziert, die es begingen. Der Nationalsozialismus lebt nach und wir wissen heute, daß es gar nicht erst zum Tode kam, daß die Bereitschaft zum Unsäglichen fortwest in den Menschen wie in den Verhältnissen, die sie umklammern. Noch die psychologischen Mechanismen der Abwehr peinlicher und unangenehmer Erinnerungen dienen höchst realitätsgerechten Zwecken. Die Abwehrenden selbst plaudern sie aus, wenn sie etwa praktischen Sinnes darauf hinweisen, daß die allzu konkrete und hartnäckige Erinnerung ans Geschehene dem deutschen Ansehen im Ausland schaden könne.

Theodor W. Adorno

Um die beiden Prozesse, die hier heute stattfinden, wieder ins Verhältnis zu setzen, zu dem, um was es eigentlich geht, will ich zu Beginn kurz daran erinnern, warum wir zu einer Demonstration nach Grevesmühlen kommen wollten: Am 18. Januar letzten Jahres wurde auf das Flüchtlingswohnhaus in der Lübecker Hafenstraße ein Brandanschlag verübt. Zehn Menschen starben in den Flammen, weitere 38 wurden z. T. schwer verletzt. Einer der Überlebenden ist bereits abgeschoben. Für die anderen Überlebenden des Brandanschlages ist die weitere Zukunft ungewiß. Die drei bzw. vier Verdächtigen aus Grevesmühlen, die noch in der selben Nacht vorläufig festgenommen wurden, konnten trotz Sengspuren und zweifelhaftem Alibi am nächsten Tag nach Hause gehen.
Aufgrund der dubiosen Aussage eines - organisierten rechten Kreisen nahestehenden - Sanitäters, wurde Safwan Eid am darauffolgenden Tag verhaftet und der Öffentlichkeit als Täter präsentiert. Aufgrund dieser Präsentation wich die erste Empörung der wenigen, die sich noch über brennende Flüchtlingswohnheime empören können, der Verunsicherung. Die Mehrzahl wechselte schlicht die Seiten. Ein allgemeines Aufatmen ging durch Deutschland. Erleichterung darüber, daß erneute Gefahr für das Ansehen Deutschlands noch einmal abgewendet werden konnte. Erleichterung deshalb, weil die Deutschen sich Vorwürfe wie in den Jahren 91-93, als die Bilder über die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock, die brennenden Wohnhäuser türkischer Migrantinnen aus Mölln und Solingen durch die Welt gingen, endgültig nicht mehr gefallen lassen wollten.
Seit dem Brandanschlag von Solingen, bei dem 5 türkische Frauen und Mädchen ermordet wurden, herrscht Friedhofsstille in Deutschland. Brandanschläge, Menschenjagden, Verletzte und Tote werden in einem breiten Konsens von rechts bis links bagatellisiert, individualisiert oder verleugnet.

Wir leben nicht in Frankreich, wo Hunderttausende nach der Schändung eines jüdischen Friedhofes demonstrieren, wo Hunderttausende in einer Selbstbezichtigungsanzeige erklären, daß sie keine MigrantInnen denunzieren werden. Wir leben auch nicht in Italien, wo Tausende - viele Mitglieder der jüdischen Gemeinde - nach dem Freispruch des Massenmörders Erich Priebke das Gericht zu stürmen versuchten. Wir leben nicht einmal in einem der ehemals sog. „neutralen" Länder, die heute erneut die Debatte um ihre Unterstützung für Nazideutschland auf dem Tisch haben.
Wir leben in dem Land der Täter. In dem Land, in dem die verleugnete Vergangenheit fortwirkt, weil die Abwehr von Schuld und Scham neue Ressentiments hervorbringt, alte Vorurteile verstärkt - und in dem eine neue Generation ihre ganz speziellen „Lehren" aus der Geschichte der Vernichtung in mörderische Taten umsetzt.

Wir sind nach Grevesmühlen gefahren, weil Safwan nicht vor Gericht gehört. Nach einem halben Jahr Untersuchungshaft, sitzt Safwan nun ein weiteres halbes Jahr vor Gericht. Endlos mühsam und quälend wird der Prozeß Woche für Woche ereignis- und ergebnislos in die Länge gezogen.
Es ist ganz gleich, wie der Prozeß gegen Safwan zu Ende gehen wird. Seine wesentlichen Ziele hat er erreicht: die Verkehrung von Opfern und Tätern, das Wegschieben der Verantwortung, Verunsicherung, Zwietracht und Entsolidarisierung. Das Verfahren ging lange genug. Die Verzögerungs- und Verunsicherungstaktik hat gegriffen. In dem Verfahren gegen Safwan wird auf Zeit und Vergessen gespielt.
Es ist ganz banal, im Sinne der Banalität des Bösen: Wer für Safwan ist, ist gegen den Staat. Wer für Safwan ist, ist gegen die Deutschen. Und die Interessen des Staates und die der Deutschen sind identisch.

Am Beispiel von Grevesmühlen ging es uns darum, daß Fortwirken der Vergangenheit in die Gegenwart zu denunzieren. Weil uns das im letzten Jahr verwehrt wurde, möchte ich es an dieser Stelle nachholen und den Teil aus einem der nichtgehaltenen Beiträge zur Demonstration verlesen, der über Grevesmühlen, exemplarisch für Deutschland, alles sagt, was es zu sagen gibt:



Unser Ausgangspunkt ist Auschwitz, ob wir wollen oder nicht: Die herrschende deutsche Normalität drängt uns die Kontinuität jener Verhaltensweisen und Verhältnisse auf, die Auschwitz ermöglicht haben. Während in Dänemark die meisten Juden in einer organisierten Fluchtaktion außer Landes gebracht wurden; während in Bulgarien die Juden zu Tausenden versteckt wurden - gab es in Deutschland keinen nennenswerten Widerstand gegen die Vernichtung, im Gegenteil: die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung wußte, was mit den jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn geschah, sie ließ es geschehen und sie beteiligte sich, wo sie konnte. Auch in Grevesmühlen.
Der Antisemitismus ist in dieser Gegend so alt, wie der Widerstand der Junker und Bauern gegen die Durch-

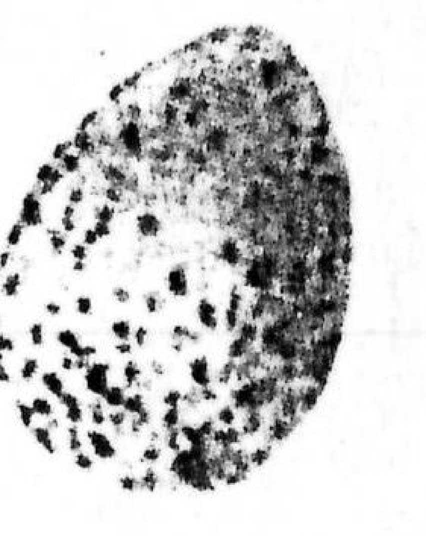


setzung des kapitalistischen Prinzips: Durch die Berufsbeschränkungen waren die meisten Juden in Handelsberufen tätig und wurden mit dem neuen wirtschaftlichen Verfahren identifiziert.
In Grevesmühlen lebten immer wenige Juden, zu wenige, um eine eigene Gemeinde zu gründen. Nur von 1873 bis 1885 bestand hier eine Gemeinde, die dann aufgrund der Auswanderung vieler Juden nach Amerika wieder aufgelöst wurde.
Gab es 1933 in Mecklenburg noch 1000 jüdische Bürger, waren es schon 1937 nur noch 500. 1935 berichtet die politische Polizei, die spätere Gestapo, daß der Druck auf die jüdischen Bürgerinnen und Bürger, die zum Großteil Handel trieben, durch die Boykottaktionen erfolgreich zum Zwangsverkauf vieler jüdischer Geschäfte geführt hat. In Grevesmühlen spielte dies kaum noch eine Rolle, waren hier zwar nicht die Nazis, aber die ebenso antisemitischen anderen reaktionären Kampfbünde schon während der Weimarer Republik für ein Klima verantwortlich, in dem die meisten Juden von Grevesmühlen sich entschlossen, nach Lübeck, Hamburg oder Schwerin zu fliehen. In der Pogromnacht vom 10. November 1938 wurde der jüdische Friedhof zerstört. Die Synagoge, die 1885 wieder geschlossen wurde, konnte nicht abgebrannt werden, sonst wäre die gesamte Innenstadt von Grevesmühlen mit abgebrannt. Sie wurde in den fünfziger Jahren abgerissen. Heute erinnert lediglich ein Gedenkstein am jüdischen Friedhof daran, daß auch in Grevesmühlen einmal Juden gelebt haben. So hat sich die Hoffnung eines Heimatgeschichtsschreibers von 1938 erfüllt, der geschrieben hatte, daß damit zu rechnen sei, daß Mecklenburg wieder wie 1600 „judenfrei" sein würde.
Max Salomon, der Besitzer des damals bekannten und beliebten, weil billigen Kaufhauses von Grevesmühlen, wanderte 1937, nach der Enteignung seines Ladens durch die Firma Schulz und Rumpf, nach Holland aus. Nach dem Überfall der Deutschen auf Holland werden seine Frau und seine Tochter - deren Namen wir nicht herausbekommen haben - nach Theresienstadt deportiert und ermordet; Max Salomon ist zufällig auf einer Geschäftsreise in England und lebt später in den USA, noch mit 70 Jahren muß er dort in einem Kaufhaus in der Second Avenue arbeiten. Er schickt mehrmals Geld nach Grevesmühlen und bittet darum, daß der Friedhof gepflegt werden möge. Das haben die Grevesmühlener auch getan - hier wird die besondere Beziehung der Deutschen zu toten Juden deutlich. Grevesmühlen war demnach schon 1937 „judenfrei", in ganz Mecklenburg wurden die Juden bereits 1939 in Judenhäusern interniert und im November 1942 ging der letzte Transport nach Theresienstadt. In Schwerin bestiegen die letzten Jüdinnen und Juden den Zug, in dem einige Abteile für sie reserviert waren. Alles war öffentlich, die Träger des gelben Sterns waren unübersehbar - aber, darauf deutet alles hin, solidarisch war hier niemand mehr, nachdem die Reste der antifaschistischen Opposition längst schon im KZ oder ermordet waren. Also auch hier alles normal, nur passierte es ein paar Jahre früher als woanders.

Sich mit dieser Realität auseinanderzusetzen, heißt anzuerkennen, daß der Widerstand gegen Rassismus und Antisemitismus in Deutschland immer eine Minderheitenposition war und ist. Denn es geht hier um die deutsche, völkische Identität, den Kitt zwischen Herrschenden und Beherrschten, der in Deutschland dicker als Wasser ist und eine blutige Spur durch die Geschichte zieht. Unsere Demonstration ist deswegen angegriffen worden, weil sie sich gegen die Bevölkerung von Grevesmühlen richtet, gegen ihr Herrenmenschentum und ihre Ignoranz. Wir sollen Verständnis haben für eine kollektive Verhaltensweise, von der wir wissen, daß sie in diesem Landstrich schon hunderten von Menschen - Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti, Linken, Antifaschistinnen und Antifaschisten, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern - das Leben gekostet hat.
Deutschland denken heißt Auschwitz denken - diesen Satz hat die Linke hier ignoriert, weil sie die deutsche Bevölkerung für ihre Inhalte gewinnen wollte. Der Preis, den die Linke dafür zahlte, war die Anpassung an den völkischen Konsens. Aber eine Linke, die Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus - zumal in ihren völkischen Varianten - als Voraussetzung ihres Handelns begreift, als das, wo die Leute nun mal stehen und man sie abholen müsse, hat die Befreiung als Ziel schon aufgegeben.
In Grevesmühlen hat die deutsche Ideologie schon lange gesiegt. Hier finden wir in den Heimatheften schöne Fotos aus den guten Jahren, den dreißiger Jahren. Vom Nationalsozialismus haben hier, außer ein paar Linken und Juden, die Bewohnerinnen und Bewohner deshalb nichts gemerkt, weil seine gesellschaftlichen Voraussetzungen längst bestanden, bevor die Nazis die Macht übernahmen. Schon lange gab es jene volksgemeinschaftliche Wärme, die sich für die, die nicht dazugehörten, in Brandanschlägen vermittelte - und in der es auch heute noch für die einen kuschelig warm und für die anderen heiß wie auf dem Ofenblech ist.

Soweit der nichtgehaltene Redebeitrag, an dessen Ende eine Gedenkminute für die Opfer des Faschismus stehen sollte.
Ich möchte euch bitten, aufzustehen, um den Opfern des Faschismus zu gedenken.
Danke.

Vor dreißig Jahren schrieben Alexander und Magarethe Mitscherlich, damals noch in der Hoffnung, ein Stück Vergangenheit zu beschreiben:
Daß man im Ausland hypersensibel für Anzeichen einer Wiederkehr des Überwundenen geblieben ist, verstehen manche Politiker unseres Landes schon wieder als Zeichen ihrer Stärke auszulegen. Die Abwehr der mit der Nazivergangenheit verbundenen Schuld- und Schamgefühle ist weiterhin Trumpf. ... Alle Vorgänge, in die wir schuldhaft verflochten sind, werden verleugnet, in ihrer Bedeutung umgewertet, der Verantwortung anderer zugeschoben, ... Und je weniger wirklich produktive Lösungen gefunden werden oder gelingen, desto empfindlicher reagiert die große Öffentlichkeit auf jene „Böswilligen", die nicht vergessen wollen und die unsere so sorgsam abgewehrte Vergangenheit als eine Wirklichkeit, die in der Tat noch wirkt, erleben.



Wir sind solche Böswilligen.

Wir wissen: Die Täter sind überall. Nicht nur die Täter von Lübeck. Auch die von Rostock, Hoyerswerda, Mannheim, Mahlow, Stade ... und die Zukünftigen aus Orten, deren Namen wir demnächst auf der Landkarte suchen werden, um dorthin zu fahren.

Daß wir in Grevesmühlen waren, ist ein Erfolg für uns.

Für die erneute Gelegenheit, Deutschland öffentlich zu denunzieren, herzlichen Dank.

Bürgerkriegsflüchtlinge:
Zurück in Chaos und Not ?!!

Ab 1.4.1997 sollen über 320.000 Menschen in die Trümmerlandschaft Bosniens abgeschoben werden

Katastrophale Situation in Bosnien

Rund 320.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien - Herzegowina und der BR Jugoslawien leben derzeit in der BRD. Laut Beschluß der Landes Innenminister-Konferenz (IMK) und der Bundesregierung sollen sie ab dem 1.4.97 abgeschoben werden.
Die Situation in Bosnien ist katastrophal. Dort ziehen ca. 1,4 Mio Flüchtlinge umher. Sie haben keine feste Bleibe mehr. Es herrscht Wohnungsnot. Über 80 % der Menschen dort sind arbeitslos. Sie leben großtenteils von Hilfslieferungen. Viele dort hungern. Der harte Winter verschärft die Lebensmittelengpässe.



Politiker in Bosnien und auch die dort tätigen internationalen Hilfsorganisationen haben an die BRD appelliert, die Abschiebungen auszusetzen. Sie sind mit der Lage schon jetzt völlig überfordert. Zudem können viele der hierher Geflüchteten nicht zurück nach Hause, weil es dieses gar nicht mehr gibt bzw. inzwischen einem anderen Staat zugeteilt ist. Sie sind zudem von Diskriminierungen bedroht, weil sie sich nicht am Krieg beteiligt haben. Viele der von Abschiebung Bedrohten sind Deserteure.

Veranstaltung:

Zur Situation in Bosnien und zur Lage der Bürgerkriegsflüchtlinge

- Karin Hopfmann (MdA) berichtet von ihrer aktuellen Reise durch Bosnien
- Jugoslawische Bürgerkriegsflüchtlinge beschreiben ihre Situation und die Praxis der Berliner Ausländerbehörde

Infotische der Initiative gegen Abschiebung

Di 18. März
19.00 Uhr

Gemeindesaal der Evangelische Reformationsgemeinde
Wiclefstr.32 (Ecke Beusselstr)
Bus 123, 126

Grundriß eines Lagercontainers mit Etagenbett

Deutschland schiebt ab

Deutsche Politiker laßt diese Situation kalt. Sie meinen, der Krieg sei jetzt vorbei, und Deutschland habe seine Hilfsbereitschaft bis an die Grenzen erschöpft. Stolz behaupten sie, die BRD habe mehr Flüchtlinge aufgenommen als jedes andere europäische Land. Dies ist eine Verdrehung der Tatsachen. Die meisten Flüchtlinge wurden nicht mit offenen Armen empfangen, sondern haben sich über die grüne Grenze hierher gerettet. Sehr viele wurden nur unter der Bedingung aufgenommen, daß ihre Verwandten hier für sie aufkommen.

Menschenrecht: Zu teuer für Deutschland !

Nun sollen die Flüchtlinge zurück, um beim Wiederaufbau zu helfen. Bei 80 % Arbeitslosigkeit ist diese Argumentation unsinnig. Bosnien braucht keine Arbeitskräfte, die Abgeschobenen wären nur einige hunderttausend hungrige Mäuler mehr. Niemand dort würde sich um die Zurückkehrenden kümmern, die geplante Massenabschiebung ist eine Vertreibung in Not und Elend.
Als Grund für die Vertreibung werden die Kosten genannt, die für die Flüchtlinge aufgewendet werden müssen. Der Wohlstandsstaat BRD meint, diese Kosten auf das völlig zerstörte Bosnien abwälzen zu müssen!

Berlin spart mit: Der General schiebt ab !

Der Berliner Innensenator Schönbohm will so schnell wie möglich mit der Abschiebung beginnen. Die Ausländerbehörde setzt die Flüchtlinge unter enormen Druck. Obwohl viele von ihnen gerne zurückkehren würden, ist es in dieser Situation unmöglich. Die Flüchtlinge bekommen schon keine Duldungen mehr für ihren Aufenthalt, statt dessen verteilt die Ausländerbehörde 'Grenzübertrittsbescheinigungen'. BosnierInnen werden seit einigen Wochen aus billigeren Wohnungen zwangsweise in teure Sammellager gesteckt. Dieses Vorgehen trifft alle hier lebenden Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien. Selbst Kranke und Traumatisierte, die erst später abgeschoben werden sollen, werden mit diesen Maßnahmen terrorisiert.
Die bevorstehenden Abschiebungen unter Zwang verstoßen gegen das Daytoner Friedensabkommen, das ausdrücklich die freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge vorsieht. Außerdem ist dort festgelegt, daß Menschen, die sich eine Rückkehr nicht vorstellen können, ein dauerhaftes Bleiberecht einzuräumen ist.

Gnadenloses Konzept der Abschiebung

Für die Bundesregierung gilt die Devise den Rausschmiß der Flüchtlinge auf bürokratischem Wege schnell und verwaltungseffizient zu organisieren.
Bereits am 15.12.95, nur einen Tag nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Dayton, beschloß die Innenministerkonferenz, daß alle Flüchtlinge bis Mitte 98 aus Deutschland verschwinden müssen. Bis auf den Termin hat sich daran nichts geändert.
Der Dreistufenplan zur Abschiebung trifft in Phase 1 Erwachsene ohne Kinder,
in Phase 2 Erwachsene mit Kinder und Minderjährige und
in Phase 3 Härtefälle, Traumatisierte, Alte und Kranke.

Schon jetzt laufen die Vorbereitungen: Durch Paßeinzug und Meldepflicht wird die Bewegungsfreiheit ebenso eingeschränkt, wie durch Einweisung in Sammellager. Gesetzwidrige Kürzung von Sozialleistungen verschärfen die materielle Not der Flüchtlinge. Gleichzeitig entfesselt die Presse eine rassistische Sozialschmarotzer-Kampagne und fördert damit den Rassismus der Bevölkerung, die die Bürgerkriegsflüchtlinge voller Hilfsbereitschaft aufgenommen hatte.


Grundriß eines Lagercontainers



Veranstalterin: Antifaschistische Initiative Moabit; Postfach 210235; 10502 Berlin

ViSdP. T. Ito, Unionstr. 13, 10551 Berlin

Wer bleiben will soll bleiben !!!



(Nichts) Neues In Sachsen

Wie bereits in der INTERIM 410 vom 27.02.97 auf Seite 19 beschrieben, sind für März wieder rechtsradikale Konzerte in der 30 km von Görlitz entfernten Gemeinde Mücka im dortigen Disko-Club WODAN geplant. Als erstes sollte am 07.03.97 ein Liederabend mit Nazi-Barde Frank Reinecke stattfinden, welcher aber aufgrund eines polizeilichen Verbots nicht durchgeführt werden konnte. Des weiteren soll am 21.03.97 ein Konzert mit den Nazi-Bands WEIßE RIESEN, FORTRESS (Australien) und RADIKAHL im gleichen Club stattfinden.
Bei letzterer Band heißt es in einem Liedtext: „Hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um ... hißt die rote Fahne mit dem Hakenkreuz".
Diese Veranstaltungen werden organisiert von dem in Görlitz wohnhaften Mario Ansorge. Wer die passenden Worte für den Organisator parat hat, sollte unter der Telefonnummer 0172 / 5316995 anrufen.

FASCHISTISCHE KONZERTE VERHINDERN - ÜBERALL !

elsässerstrasse 11 in basel besetzt

Am Sonntag. 16 Februar um 12 Uhr mittags wurde die elsässerstrasse 11 be-
setzt Die Besetzung richtet sich gegen das Leerstehenlassen und Zerstören
von Wohn- und Lebensraum allgemein und speziell gegen den Abriss von
preisgünstigen Altbauwohnungen und gegen das Projekt der Migros, die die
gewachsenen Quartierstrukturen mit dem Bau eines Einkaufszentrums mit
Tiefgarage zerstören will
Das Baubewilligungsgesuch für dieses Projekt wird zur Zeit vom Baudeparte-
ment bearbeitet, ebenso die Einsprachen, die dagegen eingereicht wurden,
unter anderem vom Quartierverein „Ysvogel", der sich seit längerem gegen die
Migros-Pläne wehrt

Schon in der ersten halben Stunde der Besetzung eilte die Polizei herbei und
besetzte ihrerseits alle Eingänge. Die BesetzerInnengruppe verlangte Ver-
handlungen mit der Migros-Liegenschaftsverwaltung und ging auf die anfängli-
che Forderung, das Haus zu verlassen, um „auf einer legalen Basis" zu ver-
handeln, nicht ein
Mittlerweile sind Verhandlungen trotz illegaler Ausgangslage erfolgt und die
BesetzerInnengruppe konnte sich mit der Migros-Genossenschaft auf einen
Mietvertrag über einen Teil der Liegenschaft einigen

Obwohl die definitive Wiederbelebung des Hauses nun in Gang ist, dauern die
Auseinandersetzungen an, denn noch sind weitere Räumlichkeiten (das Restau-
rant im EG sowie die Räume im UG) zu erkämpfen
Die BesetzerInnen wollen vielfältigen Kultur- und Begegnungsraum für das
Quartier und die StadtbewohnerInnen zur Verfügung stellen Gleichzeitig soll
auch ein Wohnprojekt umgesetzt werden, das die Realitäten der Gesellschaft
durch widerständisches Leben in Frage stellt.

Wir sind noch lange nicht am Ende und verstummt schon gar nicht

Weitere Infos oder Bewegungsmelder (Nummern 1 bis 8 sowie folgende) sind zu
beziehen im sowieso oder direkt an der elsasserstrasse 11
Auch sind wir dankbar für nähere Informationen zu den weiteren geplanten Gross-
bauprojekten der Migros im Dreispitz und im Bahnhof.

Aufstand statt Abstand!

Für José Mari Aranzamendi „Katxue“ und Eugenio Aranburu „Txo“

José Mari Aranzamendi - baskischer politischer Gefangener - war seit 1995 im Knast von Alcala-Meco bei Madrid eingesperrt. In seinem Wohnort Elorrio wurde er im selben Jahr in den dortigen Gemeinderat gewählt, mit Handschellen gefesselt nahm er seinerzeit seinen Sitz ein. Am 7. Februar 1997 wurde er tot in seiner Zelle gefunden - erhängt an einem Schal, Hände und Füße gefesselt, die Augen mit einem Stirnband verbunden.
Eugenio Aranburu war Vorstandsmitglied von Herri Batasuna (HB). Er sollte am 10. Februar 1997 vor einem spanischen Gericht aussagen, wegen eines Videos von HB, in dem u.a. Mitglieder von ETA Vorschläge für eine politische Lösung im Baskenland machen. Seine Inhaftierung, die siebte von einem HB-Vorstandsmitglied innerhalb weniger Tage - war wahrscheinlich. Am Morgen des selben Tages findet man ihn erhängt im Bauernhof seines Bruders.

Beide waren miteinander befreundet. Beide waren aktiv in der baskischen Gewerkschaft LAB und Delegierte von HB. Beide kämpften für die Unabhängigkeit des Baskenlandes, für die Rechte der ArbeiterInnen, für das Recht des baskischen Volkes auf seine Sprache, seine Kultur, seine Selbstbestimmung.

José Mari Aranzamendi war noch am selben Morgen mit anderen Gefangenen zusammen gewesen. Er machte Witze und war gut gelaunt. Am Mittag blieb er wie üblich in seiner Zelle, um zu studieren. Für niemanden gabe es Anzeichen, die auf einen Selbstmord hingedeutet hätten.

Eugenio Aranburu hatte am Morgen des 10. Februar Einkäufe gemacht, um seinen anstehenden Knastaufenthalt vorzubereiten. Auch bei ihm kann sich bisher niemand erklären, was passiert ist.

Für „Katxue“ war es die vierte Verhaftung. 1987 wurde er zwei Mal von der französischen Polizei festgenommen, beim zweiten Mal nach Spanien ausgeliefert und inhaftiert. 1989 wird er freigesprochen. 1992 wird er erneut verhaftet und verbringt wieder mehrere Tage in den Händen der spanischen Polizei. Die letzte Verhaftung 1995 bringt ihn in den Knast, in dem er am Freitag tot aufgefunden wurde. Vorgeworfen wurde ihm Mitgliedschaft in ETA - er war aber noch nie wegen irgendwas verurteilt worden.

Im Herbst 1996 hatte er einen mehrseitigen Text an die baskische Tageszeitung EGIN geschrieben, begleitet von selbstgemachten Postkarten mit Blumen aus dem Knasthof und dem Satz: „damit die Meinungsfreiheit blüht“.
Mit der Übersetzung einiger Passagen dieses Textes, möchte ich dazu beitragen, daß „Katxue“ durch seine Worte, Gedanken und Erfahrungen für uns lebendig bleibt:

„ (...) Ich weiß was einer fühlt, wenn er Euskal Herria[1] verlassen muß, angesichts der Angst gefoltert und verhaftet zu werden. Ich weiß, was einer fühlt, der in einem anderen Land - Frankreich - leben muß, das einen Teil von Euskal Herria (Iparralde) unterworfen hat, und es dir dazu noch unmöglich macht, auf seinem Boden zu leben.
Ich weiß was einer fühlt, wenn er merkt, daß er möglicherweise im Visier der GAL ist.
Ich weiß was einer fühlt, wenn dieses Land, das so sehr herausstellt, daß es das Land des Asyls für politisch Verfolgte sei, dich aus wirtschaftlichen Gründen genau an die Folterer ausliefert, vor denen du seinerzeit geflüchtet bist.
Ich weiß, was einer fühlt, wenn er im Morgengrauen aufwacht und starr vor Schreck die Schläge und Tritte der Bullen hört, die die Türe einschlagen, mit aller Brutalität in deine Wohnung eindringen und alles zerstören, was ihnen nur in die Finger kommt.
Ich weiß was einer fühlt, wenn er sieht, wie vor seinen Augen die nächsten Freunde und Verwandten geschlagen werden, mit der einzigen Absicht dich zu erniedrigen und dir die Angst

[1] Euskal Herria = Euskadi

in die Glieder fahren zu lassen.
Ich weiß was einer fühlt, wenn sie dich im Polizeitransporter in einen Käfig aus Eisen stecken, der kaum einen Quadratmeter breit ist, die Hände hinter dem Rücken gefesselt, über dem Kopf eine Mülltüte - und so findet der Transport von Bilbao nach Madrid statt. Und ich weiß was du fühlst, wenn du einmal in der Zelle bist und die Schmerzensschreie der anderen Verhafteten hörst - und zitterst allein bei dem Gedanken, an das was dir bevorsteht. (...)
Ich weiß was einer fühlt, wenn sie ihm im Knast ein Schreiben überreichen,das dir mitteilt,daß deine Post und deine Besuche überwacht werden. Dazu kommt, daß du in der Zelle, durch die Gitterstäbe der Tür, eine Infrarotkamera wahrnimmst, die permanent all deine Bewegungen kontrolliert. Zusätzlich zu deiner Freiheit rauben sie dir auch die kleinste Intimität. Ich weiß was einer fühlt, wenn er die Provokationen und Machtspiele der jeweiligen Schließer ertragen muß.
Ich weiß was einer fühlt, wenn du mitkriegst, daß sie einen gefangenen Genossen zusammengeschlagen haben und du nicht weißt, wohin mit deiner Wut und Ohnmacht.
Ich weiß was einer fühlt, in einem Trakt, isoliert von deinen gefangenen Genossen.
Ich weiß was einer fühlt, wenn du von deinem Zellengang aus, den toten Genossen siehst - die Ikurrina[2] ausgebreitet über seinem Körper - und du ihn beweinst, in der Einsamkeit dieser kaum acht Quadratmeter messenden Zelle.
Diese sogenannten Demokraten, abgesehen davon uns unsere Freiheit zu nehmen, sperren uns hunderte und tausende von Kilometern von unserer Heimat Euskal Herria entfernt ein, vergrößern so das Leiden unserer Familien unter dieser Situation und zwingen sie, ständig riesige Strecken zurückzulegen, mit der Gefahr, bei Verkehrsunfällen ihr Leben zu lassen.
Diese Praktiken haben nur einen Namen:
Terrorismus mit weißen Handschuhen!
(...)
Die Gewerkschaftsliste von LAB, die ich anführte, war die mit den meisten Stimmen, in dem Betrieb, in dem ich bis zu meiner Verhaftung arbeitete. Durch meine Erfahrungen bei der Verteidigung der legitimen Rechte der ArbeiterInnen bin ich zu dem Schluß gekommen, daß die Figur, die der „lendakari“[3] Ardanza darstellt, einzig und allein die Interessen der Klasse der Unternehmer vertritt, der er selbst angehört, und die als einzige die Verantwortung dafür trägt, daß 55 % der baskischen Jugendlichen arbeitslos sind. Und von denen, die arbeiten, tun das die meisten für ein paar Peseten, mit diesen berühmten Verträgen, die nicht das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben wurden. Angesichts dieses Panoramas der Unsicherheit haben die baskischen Jugendlichen drei Möglichkeiten: Auswandern, sich selbst zerstören, oder sich mobilisieren und kämpfen um das, was ihnen zusteht: Das Recht auf Arbeit, synonym für das Recht auf ein Leben mit Würde, und das Recht auf Chancengleichheit.
Ich möchte die Gelegenheit nutzen und aus diesen acht Quadratmetern eine Botschaft der Kraft und Hoffnung an die Jugendlichen in Euskal Herria schicken - zu denen ich mich dazuzähle, trotz meiner 41 Jahre - daß sie sich nicht einschüchtern lassen durch diese bewaffneten Söldner der Polizei und ihre Kollegen, schlecht verkleidet im Kostüm der Ertzeintza[4], die auf Anweisung dieser angeblichen Demokraten handeln. (...)

Zum Schluß möchte ich mich an euch selbsternannte Demokraten wenden, hört gut zu was ich euch sage, denn eines Tages müßt ihr euch vielleicht für eure Taten verantworten:
Uns baskischen politischen Gefangenen könnt ihr das Leben nehmen. Ihr könnt euch unserer Körper bemächtigen. Ihr werdet es aber niemals schaffen, unsere Gefühle auszulöschen. Dafür habt ihr glücklicherweise noch keine Knäste und Gitter erfinden können. Und ihr werdet es auch nicht schaffen, uns das Lächeln von den Lippen zu nehmen! Denn wir haben das Glück über den besten aller Dünger zu verfügen - daß wir unserer Land Euskal Herria so sehr lieben, daß wir bereit sind, das Beste dafür zu geben, was wir haben - unser Leben, wenn es sein muß.“

Dieser Text von „Katxue“ erreichte mich in EGIN, gemeinsam mit den Berichten über seinen Tod, die Ehrungen und Demonstrationen der Leute von Elorrio und dem gesamten Baskenland. Beim Lesen machte ich die Erfahrung, die er selbst beschreibt - wie es ist, alleine

[2] baskische Fahne

[3] Regierungspräsident der baskischen Regierung in Vitoria

[4] baskische Polizei

in deinen 8 Quadratmetern den Tod eines anderen Gefangenen zu beweinen.
Seit 1981 starben in spanischen und französischen Knästen 11 baskische politische Gefangene. Die meisten an fehlender medizinischer Versorgung, einige setzten ihrem Leben selbst ein Ende, teilweise aber unter „ungeklärten Umständen".

Doch auch wenn du alleine mit diesen Nachrichten in deiner Zelle bist - du findest dich wieder in den Berichten über die unzähligen Würdigungen und Demonstrationen, die in Euskadi stattfanden, in den Bildern der Leute, die von ihrem Freund, Genossen und Angehörigen Abschied nehmen, in den Protestaktionen, die mehrere Tage und Nächte dauerten. Und du weißt, auch wenn deine Wut und deine Trauer stumm bleiben - es sind viele, die sie für dich ausdrücken, viele, die damit auf die Straße gehen, viele, die das Transparent trugen „Kotxue, das Volk verzeiht nicht".

Seit dem Tod von Eugenio Aranburu „Txo", ist hier allerdings keine EGIN mehr angekommen. So konnte ich nur versuchen genaueres darüber aus verschiedenen staatlich Medien zu entnehmen. Es hinterläßt dir aber nur eine traurige Hilflosigkeit, denn während die Toten bei den Aktionen von ETA ausführlich beklagt werden und Reihen von Politikern anstehen, um ihr Mitgefühl auszudrücken, ist dieser Tod gerade ein Nebensatz wert. Über die Hintergründe wird nicht gefragt.

Es gibt in beiden Fällen zu viele Unklarheiten, zu viele offene Fragen, zu viele Parallelen, um die offizielle These des Selbstmordes zu glauben. Im Fall von „Kotxue" wird offiziell mittlerweile von „Selbstmord mit Beihilfe gesprochen. Auch wenn es notwendig ist, die genauen Umstände ihres Todes klären - verantwortlich dafür ist die spanische Regierung mit ihren treuen Verbündeten: den rechten Nationalisten der PNV, Frankreich und die beifällig nickenden restlichen europäischen Staaten. Seit Jahren betreiben sie eine Politik der Repression, der Vernichtung der Gefangenen und der polizeilichen und militärischen Eskalation in Euskadi und lehnen systematisch alle Angebote einer politischen Lösung ab.

KATXUE, TXO - GOGOAN ZAIZUEGU!

KATXUE, TXO - WIR VERGESSEN EUCH NICHT!

Petra Elser

aus dem Kollektiv der baskischen politischen Gefangenen Fresnes (Frankreich)

Ende Februar 1997

Generalstreik im Baskenland

Baskische Partei Herri Batasuna protestiert gegen Verhaftungswelle

Für den gestrigen Freitag hatte die Baskenpartei Herri Batasuna zum Generalstreik im Baskenland und in Navarra aufgerufen. Die Arbeitsniederlegung richtete sich gegen die »fehlende Demokratie im Baskenland«. Von anderer Seite wurde im Vorfeld an die Bevölkerung appelliert, den Streikaufruf nicht zu befolgen.

Hauptmotiv für die Aktion ist die Verhaftungswelle gegen Vorstandsmitglieder von Herri Batasuna (HB). Der Baskenpartei wird Zusammenarbeit mit der, im Untergrund arbeitenden separatistischen Eta vorgeworfen, weil sie ein Video mit einem Friedensangebot der Organisation verbreitete. Mit Briefen an Unternehmer, kleine Geschäftsleute und Transportunternehmen hatte HB zum Befolgen des von der »patriotischen« Baskengewerkschaft LAB sowie kleineren linken Gruppen unterstützten Generalstreiks aufgerufen. Für Carlos Iturgaiz, baskischer Vorsitzender der Volkspartei PP, Anlaß genug, vom »Streik der Angst, der Drohungen und der Erpressung« zu sprechen. Der baskische Innenminister Juan Maria Atutxa (PNV) äußerte ebenfalls die Befürchtung, »Eta, HB und ihr Umfeld, das identisch ist, werden versuchen, die baskische Gesellschaft einzuschüchtern«.

Die größte Zustimmung fand der Streik offenbar in Schulen. Viele blieben auf Beschluß von Lehrern und Schülern geschlossen. Das öffentliche Transportwesen und die Geschäfte wurden allerdings nur teilweise bestreikt. In den frühen Morgenstunden kam es zu den ersten gewaltsamen Zusammenstößen, als die Baskenpolizei Ertzainza verstärkt durch nationale Einheiten brutal verhinderte, daß Streikposten den Verkehr unterbrechen sowie große Firmen blockieren. Bis elf Uhr waren mindestens 30 Festnahmen zu verzeichnen. Während die Pressestelle des baskischen Innenministeriums den Ausstand als »Reinfall« bezeichnete, weil sich »nur eine Minderheit« daran beteilige, sprach Jusu Telleria (HB) von einer großartigen Resonanz im gesamten Baskenland.

Der gestrige Generalstreik vertieft einmal mehr die innere Spaltung der baskischen Gesellschaft. Herri Batasuna warf der regierenden PNV wiederholt vor, mit Madrid zu kollaborieren und so den Nationalismus zu verraten. Mit Repression durch Polizei und Militär aber, so Julen Aginako, neubestimmtes Vorstandsmitglied der Baskenpartei, könne es keine Verständigung geben. »Es ist Zeit, Lösungen zu suchen, die uns Frieden bringen.« Der zunehmenden Eskalation im nordspanischen Unruheherd zufolge, ist ein Dialog so bald jedoch nicht zu erwarten. *Dirk Hempel*, Bilbao



Jetzt ist es endlich soweit, die ersten Internationalen Chaos Tage in Amsterdam. Unter dem Motto mehr als zehn Jahre ruhe sind genug, finden die Chaos Tage vom 13 juni in Amsterdam statt. Es ist schon eine Ewigkeit her das die Bullen hier mal richtig in die Fresse bekommen haben. Jetzt reichts, wir zeigen dieser schönen Stadt einmal das Punk nicht tot ist. Wir lassen eine riesen Party steigenund wenn uns die Bullen nicht in ruhe lassen, fahren wir alle nach Hause und kochen uns ne Suppe oder wir kochen uns eine riesen Bullen suppe in dem wir die Bullen in die Grachten schmeißen und tausende von Tauchsiedern in die Grachten halten. Tausende von Punx, Skins und ähnliches Gesocks werden dort eine riesen Party veranstalten. Zig Punx u.s.w. haben sich schon angesagt bevor das erste Flugie erschienen ist. Übersetzt diesen Kettenbrief in möglichst vilen Sprachen und verspreitet ihn in aller Welt, und wer ne Addresse auf dem Mond hat solte den Brief auch dort hin schiecken.

Programm der Chaostage

.06.

18.00 Uhr: Auftakt am Niewmarkt.
Parole: Wir sind wieder da.
22.00Uhr: wir streichen den Dampalast lila
ab 24.00 Uhr: Anschläge auf dieverse Bullenstationen

12.00 Uhr: Archologische ausgrabungen am Dampalast. Wir befreien den Damplatz von den Steinen.
15.00 Uhr: Stillegung des öffentlichen Vehrkehrsbetriebes. (Wufanker für die Stromleitung der Tram mitbringen)
~~18.00 Uhr Massenpogo im HBF.~~
21.00 Uhr Klauen der Wasserwefer
23.00 Uhr Workshop "How i use Dru
Ort: Gesundheitsamt
24.00 Uhr Aufsuchen des Schlafsaals im Stadthaus (Stopera) mit Saufen bis zum kotzen.

12.00 Uhr: Wir brennen die ABN-AMRO Hauptfiale nieder
14.00 Uhr Besetzun des Dampalastes um ihn von innen rosa zu streichen.
15.00 Uhr Wir schmeißen die Möbel der Königen auf die Köpfe der anrückeden Bullen.
18.00 Uhr Gefangenden Befreiung in dieversen Teilen der Stadt.
21.00 Uhr Abschlußtreffen am Niewmarkt und nieder brennen der Metro-Station
Umtrunk und ein schwur sich im naechsten Jahr wieder zutreffen.

Kommt alle mit einen Gruppeticket (ab 6 Pers.) der Bahnoder trampt. Aber kommt.



ein Treffpunkt für FrauenLesben
jeden Donnerstag von 17-20 Uhr
1x im Monat Filme. Lesungen,
Diskussionen, Vokü und was ihr gefällt

Herz Schmerz Abend mit Video, Cocktail und Essen

am 20.3.1997 um 20.00 Uhr:
WHEN NIGHT IS FALLING

am 17.4.1997 um 20.00 Uhr:
SENSE AND SENSEBILITY

jeden 1. Donnerstag im Monat um 19 Uhr
Einführung in die Datenfernübertragung (DFÜ)

Infoladen Omega
Sparrstr.21
13353 Berlin

Tel.: 454 82 207
Fax:: 454 82 208
BBS : 454 82 209



JEKH CHIB Nr. 6/7, Feb 97
Schwerpunkt: „Das andere Gedenken"

Einzelpreis: DM 10,– (25% WiederverkäuferInnenrabatt)

Bestellungen an:
Rom e.V., Bobstr. 6-8, 50676 Köln,
Telefon: 0221-242536 Fax: 2401715

Auto eines JN-Mitglieds angezündet

Wie aus einem Bekennerschreiben hervorgeht, das der taz vorliegt, haben die namenlosen Verfasser in der Nacht von Sonntag auf Montag dem Auto des Mitglieds der Jungen Nationalen (JN), Tilo Köhler, „einen feurigen Besuch abgestattet". „Zur Zeit versuchen die Faschos wieder verstärkt, in der Öffentlichkeit aufzutreten und ihre rassistischen und menschenverachtenden Ansichten zu verbreiten", heißt es in dem Schreiben. „Wir werden nicht länger zuschauen, wie Leute von Nazis umgebracht oder schwer verletzt werden!" Das Papier endet mit den Worten „Hellersdorf war ein Schritt in die richtige Richtung. Nazis angreifen." Die Polizei bestätigte den Brand gestern. Der Wagen gehöre einer Frau.

Bund Internationaler Kommunisten
PLK 022 104 B 47051 Duisburg

im April wird ein Genosse unserer österreichischen Schwesterorganisation RKL (Revolutionär Kommunistische Liga), der mehrere Wochen in Mexiko war und einen tiefen Einblick über die dortige Guerrilla gewinnen konnte, in Deutschland sein.

Wir würden uns freuen, wenn wir über Eure Zeitung Kontakte in die Republik erhalten könnten, um eine ein- oder zweiwöchige Tour mit Informationsveranstaltungen organisieren zu können. Bisher sind uns Veranstaltungen in Duisburg, Köln, Hannover und Bremen (die letzten beiden eher unsicher) möglich. Natürlich wären wir bereit, die Gastgeber im voraus mit Propmaterial (Vorlagen für Ankündigungsplakate) zu versorgen.

Die Kontaktadresse für Interessierte ist BIK, PLK 022 104 B, 47051 Duisburg.



Ab 1. März neue Tarife bei Bus und Bahn

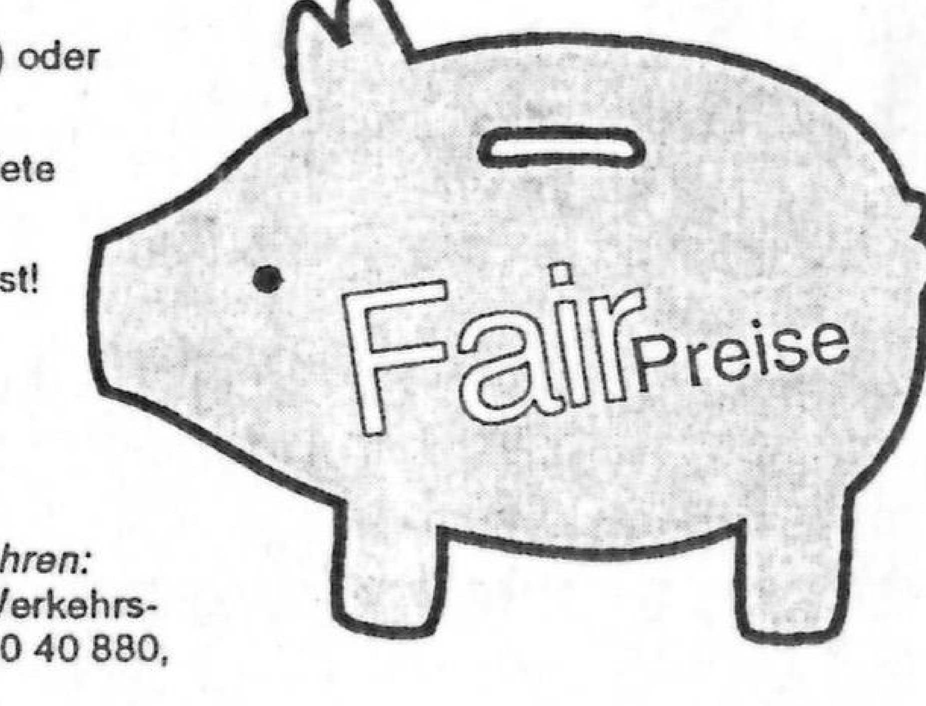
Einfach und echt gerecht: Schwarzfahren!

Die neuen Fairpreise. Nach Bedarf und Strecke. In Berlin und Umland.

Die Kurzstrecke: wie bisher, einfach einsteigen. (3Stationen mit U-,S- oder Regionalbahn) oder 6 Stationen mit Bus oder Straßenbahn

Die Langstrecke: nur noch einsteigen und 2 Tarifgebiete (AB oder BC) kostenlos durchqueren!

Die Ganzstrecke: das gesamte Tarifgebiet für umsonst! Einfach einsteigen und los gehts.



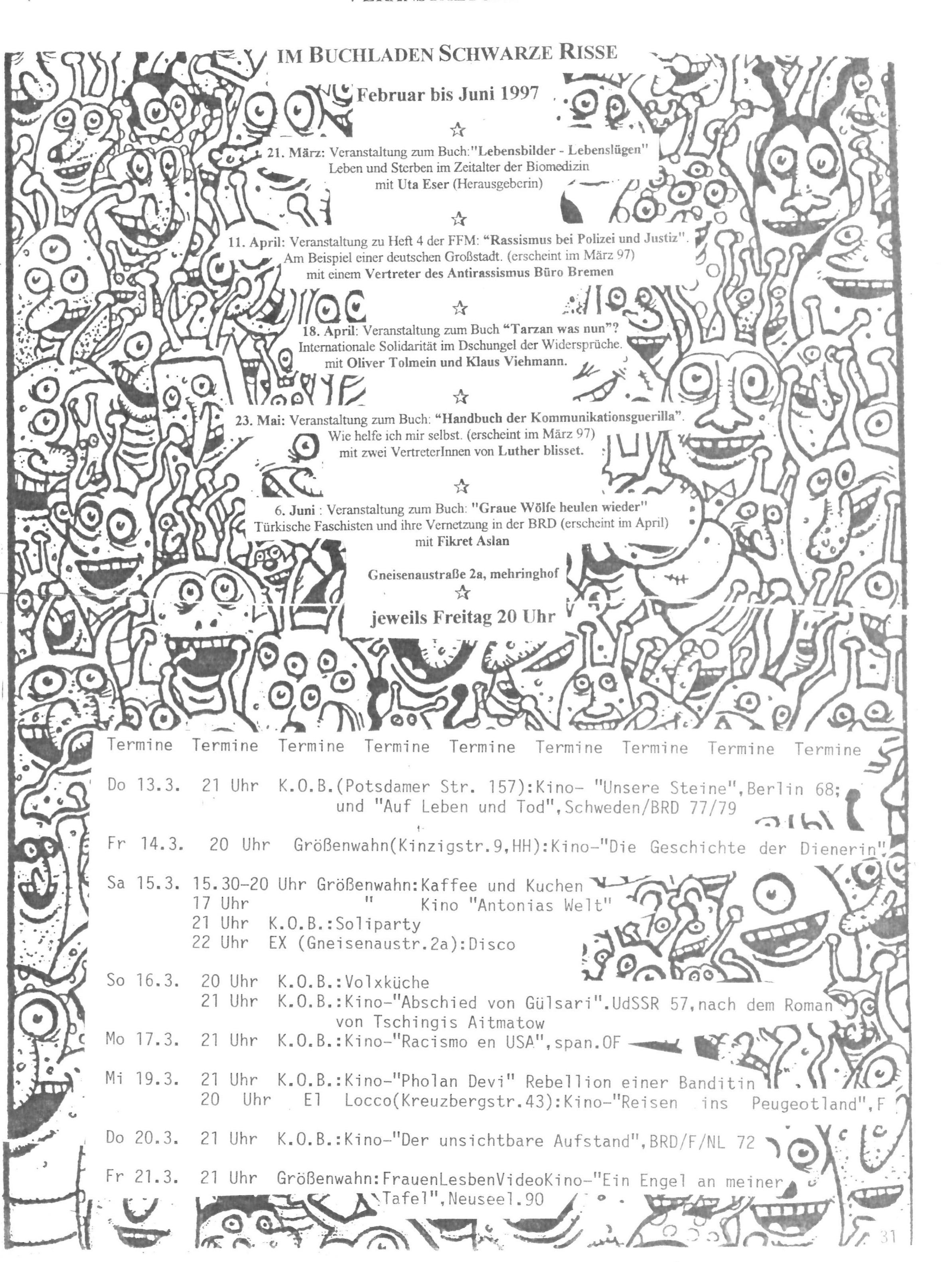
Tarif: ABC

Weitere Tarif-Informationen und Tips zum Schwarzfahren:
an allen Fahrausweisverkaufsstellen der beteiligten Verkehrsunternehmen und über die Tarif-Info-Hotline:(030) 240 40 880, Montag bis Sonnabend von 8.00 bis 20.00 Uhr.

So kommen wir alle ans Ziel!

Die Tarife der Tarifbereiche ABC umfassen das Verkehrsangebot folgender Verkehrsunternehmen:Berliner Verkehrsbetriebe, S-Bahn Berlin GmbH, Deutsche Bahn AG, Havelbus Verkehrsgesellschaft, Verkehrsbetrieb Potsdam, Schönecher Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH und Woltersdorfer Straßenbahn GmbH, Strausberger Eisenbahn GmbH.

Veranstaltungen



im Buchladen Schwarze Risse

Februar bis Juni 1997

☆

21. März: Veranstaltung zum Buch:**"Lebensbilder - Lebenslügen"**
Leben und Sterben im Zeitalter der Biomedizin
mit **Uta Eser** (Herausgeberin)

☆

11. April: Veranstaltung zu Heft 4 der FFM: **"Rassismus bei Polizei und Justiz"**.
Am Beispiel einer deutschen Großstadt. (erscheint im März 97)
mit einem **Vertreter des Antirassismus Büro Bremen**

☆

18. April: Veranstaltung zum Buch **"Tarzan was nun"?**
Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche.
mit **Oliver Tolmein und Klaus Viehmann.**

☆

23. Mai: Veranstaltung zum Buch: **"Handbuch der Kommunikationsguerilla"**.
Wie helfe ich mir selbst. (erscheint im März 97)
mit zwei VertreterInnen von **Luther blisset.**

☆

6. Juni : Veranstaltung zum Buch: **"Graue Wölfe heulen wieder"**
Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in der BRD (erscheint im April)
mit **Fikret Aslan**

Gneisenaustraße 2a, mehringhof

☆

jeweils Freitag 20 Uhr

Termine Termine Termine Termine Termine Termine Termine Termine Termine

Do 13.3. 21 Uhr K.O.B.(Potsdamer Str. 157):Kino- "Unsere Steine",Berlin 68; und "Auf Leben und Tod",Schweden/BRD 77/79

Fr 14.3. 20 Uhr Größenwahn(Kinzigstr.9,HH):Kino-"Die Geschichte der Dienerin"

Sa 15.3. 15.30-20 Uhr Größenwahn:Kaffee und Kuchen
17 Uhr " Kino "Antonias Welt"
21 Uhr K.O.B.:Soliparty
22 Uhr EX (Gneisenaustr.2a):Disco

So 16.3. 20 Uhr K.O.B.:Volxküche
21 Uhr K.O.B.:Kino-"Abschied von Gülsari".UdSSR 57,nach dem Roman von Tschingis Aitmatow

Mo 17.3. 21 Uhr K.O.B.:Kino-"Racismo en USA",span.OF

Mi 19.3. 21 Uhr K.O.B.:Kino-"Pholan Devi" Rebellion einer Banditin
20 Uhr El Locco(Kreuzbergstr.43):Kino-"Reisen ins Peugeotland",F

Do 20.3. 21 Uhr K.O.B.:Kino-"Der unsichtbare Aufstand",BRD/F/NL 72

Fr 21.3. 21 Uhr Größenwahn:FrauenLesbenVideoKino-"Ein Engel an meiner Tafel",Neuseel.90

